

MISSION 2029: Aktionsplan für eine erfolgreiche Digitalpolitik

INHALTSVERZEICHNIS:

Cybersecurity

1. Public-Private Partnership zur Umsetzung von NIS-2 im Rahmen einer „NIS-2-Umsetzungstaskforce“
2. Österreich-Allianz zum gemeinsamen Aufbau einer Provenance-Stelle durch Digitalbranche, Medien, Politik, und Verwaltung
3. One-Stop-Shop Digitalregulierung für Effizienz und Rechtssicherheit
4. Digitalisierungs-Boost durch modernste Maßnahmen zum Schutz von Staat und Unternehmen vor Cyberangriffen

Daten, Cloud, KI

5. Errichtung eines KI-Kompetenz- und Servicezentrums
6. Engagement der Branche für die Promotion von Trustworthy AI
7. Massiver Aufschwung der digitalen Transformation durch Steigerung der Cloudnutzung
8. Top-Positionierung Österreichs auf EU-Ebene durch Verwendung einfacher, sicherer, europäischer Lösungen für digitale Identitäten und identitätsbezogene Daten
9. Top-Positionierung Österreichs in der öffentlichen Verwaltung durch fortschrittliche Rahmenbedingungen für die Beschaffung innovativer Lösungen

Digital Skills

10. Gründungsoffensive IT-HTLs zur Gewinnung zukünftiger IT-Spitzenkräfte
11. Maßnahmenpaket zur Attraktivierung des Standortes für internationale Spitzenkräfte
12. „Inklusivitätspush“ zur Erschließung des Potenzials unterrepräsentierter Gruppen für den IKT-Sektor
13. Entwicklung digitaler Kompetenzen von Schüler:innen und Lehrenden als Schlüssel zu sozialer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit
14. „Generationenplan Digitale Bildung“
15. Digitalisierungsschub bei KMUs durch eine Aufklärungsoffensive durch Digitallotsen und niederschwellige Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten

Infrastruktur

16. Paradigmenwechsel bei der Breitbandförderung in Österreich / Stopp der Breitbandausbauförderung
17. Nationaler Schulterabschluss Ausbauziele 2030: Roll-out muss endlich aus der bürokratischen Warteschleife

18. Nachhaltige Versorgungsaufgaben für energie-effiziente grüne Netze
19. Digitaler Tiefbau-Ausbauplan für den koordinierten Netzausbau, um Ressourcen und Kosten zu sparen
20. Österreich als führende Digitalisierungsnation durch investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für den flächendeckenden 5G-Ausbau

E-Health

21. Aufbau einer unabhängigen Gesundheitsdatenstelle zur Sekundärnutzung von Daten in Österreich
22. Schaffung hoch effizienter Gesundheitsservices und -Tools durch digitale Weiterentwicklung für ein souveränes Gesundheitsmanagement aller Bürger:innen
23. Rasche Umsetzung des European Health Data Space durch den „Austrian Health Data Act“
24. Nachhaltige digitale Transformation des Pflegewesens zur Verbesserung der Bedingungen für alle Stakeholder

Energie

25. Etablierung eines Industriestandards für Datenschnittstellen als Voraussetzung für einen Data Space Energiewende
26. Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Incentivierung der Digitalisierung der Energienetze
27. „Smart Meter intelligenter machen“: Flexibilisierung der Strompreis-Auslesung und Tarifstruktur
28. Bestellung eines Energiewendekoordinator und Einberufung eines Energiewendekonvents für

Einleitung

Zweitausenddreißig. Wir stehen an einem entscheidenden Wendepunkt in der menschlichen Geschichte. Die Welt um uns herum verändert sich in atemberaubendem Tempo, getrieben von digitalen Innovationen, technologischem Fortschritt, Erfordernis einer Energiewende und sich wandelnden Bedürfnissen der Bevölkerung und Wirtschaft.

Wie wir heute mit diesem Wandel umgehen und wie wir ihm begegnen, bestimmt nicht nur die Gegenwart, sondern die nächsten Jahre. Die Weichen, die wir in den nächsten 5 Jahren stellen, werden sich auf die nächsten 50 Jahre und darüber hinaus auswirken. Die Entscheidungen und Investitionen von heute, legen den Grundstein für unsere Zukunft.

Wir sind davon überzeugt, dass zahlreiche der aktuellen und auch künftigen Herausforderungen nur mit dem richtigen Einsatz der unendlichen Möglichkeiten der Digitalisierung erfolgreich bewältigt werden können. Die Digitalisierung bietet die Chance, effizientere Prozesse zu schaffen, Innovationen zu fördern und Lösungen für komplexe Probleme zu entwickeln. Dabei ist es entscheidend, die Potenziale der digitalen Transformation voll auszuschöpfen und gleichzeitig verantwortungsbewusst und unter ethischen Gesichtspunkten mit damit verbundenen Risiken umzugehen.

Die INTERNETOFFENSIVE ÖSTERREICH ist entschlossen, die Herausforderungen, aber vor allem die Chancen anzunehmen und Österreich in seinem Streben als Innovationsführer durch die Kraft der Digitalisierung zu unterstützen. Der vorliegende "Digitale Aktionsplan" dient nicht nur als strategisches Dokument für die kommenden fünf Jahre, sondern fungiert gleichzeitig als Leitfaden für unsere langfristige Vision und unser Engagement für nachhaltige Stärkung des österreichischen Standorts.

Eine verlässliche und leistungsfähige Digitalinfrastruktur ist Grundlage für sämtliche Informations- und Kommunikationstechnologien und entscheidend dafür, gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse aufrechtzuhalten. Besonders in den vergangenen Jahren mit Social Distancing, Remote Work und Home-Schooling wurde der Wert für jedermann klar ersichtlich. Einige Ausprägungen der letzten Krisenjahre werden uns weiter begleiten, wie zum Beispiel Home-Office bzw. Remote Work.

Neben Verlässlichkeit und Leistungsfähigkeit, muss die Infrastruktur auch über ein hohes Maß an Sicherheit verfügen. Speziell die kritische Infrastruktur, die zunehmend digitalisiert wird (zB. durch Modelling, Einsatz von KI zur Steuerung), ist von höchster Bedeutung für die Resilienz des Standortes und den Erhalt von Prozessen. Ihr Schutz muss jederzeit garantiert werden.

Auf der Software-Seite müssen klare und verständliche Umgangsformen für Sicherheit und Effizienz definiert werden, das Daten, Künstliche Intelligenz und Cloud betrifft. Es muss einerseits Rechtssicherheit geboten werden, aber andererseits muss sich die kommende Digitalregulierung mehr an den Impacts und dem Prinzip der EU von „One In One Out“ orientieren.

Der Fachkräftemangel in der IKT-Branche wird zu einem immer größeren Problem für den Wirtschaftsstandort Österreich. Es braucht dringst mehr Fachkräfte um IT-Projekte umsetzen und das erforderliche Maß an Cybersicherheit in den Unternehmen garantieren zu können. Es braucht dringend eine Fachkräfteoffensive in der Digitalbranche, um drohenden Ausfällen zu entgegen zu wirken.

Für den angestrebten Erfolg Österreichs ist es unerlässlich, die Sammlung und Analyse von Daten mehr zu pushen. Speziell der öffentliche Sektor mit einer Vielzahl an wertvollen, aber natürlich auch schützenswerten Daten, sollte hier in die Vorreiterrolle gehen – zum Beispiel durch situationsbezogene Cloudnutzung, Bereitstellung von Daten für Forschungszwecke bzw. Bereitstellung an die Datenerzeuger.

Besonders zur Erreichung der Klimaziele und erfolgreicher Bewältigung der Energiewende bietet die Digitalisierung unverzichtbare Hebel. In den Anwendungsfeldern der Mobilität und Energieversorgung werden digitale Steuerungsmöglichkeiten zukunftsweisend zum Einsatz kommen und für den Erfolg der Energiewende verantwortlich sein. Im Energiebereich ist die effiziente Nutzung von Daten erfolgsentscheidend, hier sind beispielsweise die Errichtung von Data Hubs ein wichtiger Schritt. Österreich sollte eine Vorreiterrolle in der Datennutzung im Rahmen von GAIA-X o.ä. anstreben.

Für das zukünftige Funktionieren des Gesundheitswesens und all den damit verbundenen Herausforderungen eröffnet die Digitalisierung bedeutende Möglichkeiten, sowohl für das Gesundheitspersonal als auch für die Patient:innen. Digitale Anwendungen ermöglichen klare Ansprechstellen und eine bessere Steuerung der Patientenströme, was beispielsweise zu kürzeren Wartezeiten führt. Auf Systemebene fristen im Gesundheitswesen leider viele Daten in Datensilos ihr Dasein und die enormen Chancen für die Bevölkerung durch Zusammenführung und Analyse werden noch nicht ausreichend genutzt. Durch die Etablierung einer Gesundheitsdatenstelle kann diesen Datensilos Abhilfe geschaffen werden.

Oberstes Gebot ist es selbstredend, die Bevölkerung bei all diesen Änderungen stets miteinzubinden. Sie muss mit den Anwendungen und Möglichkeiten der Digitalisierung vertraut sein, um deren Beitrag zu verstehen, zu schätzen und mittragen zu können. Dazu ist die digitale Grundkompetenz der Bevölkerung dringend auszubauen, die über das eingeführte Schulfach „Digitale Grundbildung“ hinausgeht.

Der „Digitalstandort Österreich“ muss national und international an Attraktivität zulegen, besonders für die Spitzenkräfte der Zukunft. Und dafür braucht es Sofortmaßnahmen für den qualifizierten Zugang von Fachkräften, um die digitale Transformation ohne Verzögerung weiter vorantreiben zu können.

Überzeugen Sie sich im folgenden Aktionsplan selbst von den unendlichen Möglichkeiten der Digitalisierung und werden Sie Teil unserer Vision für die Zukunft!

CYBERSECURITY

Public-Private Partnership zur Umsetzung von NIS-2 im Rahmen einer „NIS-2-Umsetzungstaskforce“

Status Quo

- Die zunehmende Digitalisierung kritischer Infrastruktur erhöht gleichzeitig ihre Verwundbarkeit in Zeiten, in denen Cyberangriffe massiv ansteigen, elaborierter werden, und immer einfacher durchführbar sind
- Mit der NIS2-Richtlinie schafft die EU die Weiterentwicklung der NIS-Richtlinie zum Schutz kritischer Infrastruktur in der EU, um Unternehmen aus insgesamt 18 Branchen wesentlicher und wichtiger Dienste zu einem hohen Level an Informationssicherheit und Resilienz zu bringen
- Durch die Inklusion von auch klein- und mittelständischen Unternehmen erweitert sich in Österreich gegenüber der NIS-Richtlinie der Anwendungsbereich von 70 Unternehmen auf schätzungsweise bis zu 6000 und auf viermal so viele Services
- Dazu braucht es einen strukturierten Stakeholderprozess zur frühzeitigen und umfassenden Einbindung der Digitalbranche bzw. der betroffenen Unternehmen, die im Rahmen dieses Prozesses Expertise beisteuern und Anmerkungen zur Ausgestaltung machen können sollen
- Für NIS2 braucht es eine solche Zusammenarbeit zur Erarbeitung von Standards in der Umsetzung – neben der Unsicherheit in der Erfüllung der Vorgaben bei den geprüften Unternehmen besteht auch keine Einheitlichkeit bei den Prüfungen selbst. In Österreich werden die Prüfungen von QuaSten vorgenommen – die konkret „richtige“ Auslegung gibt es dabei nicht.
- In Deutschland gibt es durch insgesamt 11 Branchenstandards transparentere Prüfungen. Im Bereich der kritischen Infrastruktur wird dieser im UP KRITIS gemeinsam mit Vertretern des BSI erarbeitet.

Vision:

- **Institutionalisierte und weitreichende Public-Private Partnerships im Rahmen einer CxO-Umsetzungstaskforce**

Maßnahmen:

- **Initiierung einer CxO-Umsetzungstaskforce** durch Innenministerium unter Einbeziehung der Branche, der WKO und IV
- **Implementierung von Best Practices und Standards aus dem europäischen Ausland** zur Vermeidung von Gold Plating und Ausgestaltung der NIS-2-Umsetzung mit folgenden Schwerpunkten:
 - Einen Zugang, der beratend und mahnend ist anstatt strafend – speziell durch den weiten Scope von NIS2 inklusive vieler Unternehmen insb. KMUs, die aktuell in ihrer Cybersecurity nicht gut aufgestellt sind, braucht es aktive Kommunikation und eine beratende Qualität
 - Leitlinien für Unternehmen, auf die sie sich verlassen können und die angepasst an die Größe des Unternehmens ist – KMUs brauchen einen einfacheren Weg, um der Richtlinie zu entsprechen als Großunternehmen
 - Transparenz, für welche Unternehmen welche nationalen Umsetzungen gelten – auch Anbieter von wesentlichen Diensten mit Sitz außerhalb der EU fallen unter die Richtlinie
 - Ein effizienter und zielgerichteter Ressourceneinsatz durch klare Abgrenzung “irrelevanter” Systeme, die nach einer risikobasierten Bewertung nicht in das Anwendungsgebiet fallen

Diese Maßnahmen bewirken:

- Proaktiver Schutz der kritischen Infrastruktur in Österreich
- Stärkung von Österreichs Stimme im europäischen digitalpolitischen Diskurs
- Positionierung Österreichs als internationaler Vorreiter zu Digitalregulierung in der EU und Ausbau des guten Rufes, den Österreich im Bereich des Datenschutzes genießt, auf das Gebiet der Cybersicherheit

„ÖSTERREICH-ALLIANZ“ zum Aufbau einer Provenance-Stelle

Status Quo:

- Desinformation ist eine wachsende Bedrohung für die Integrität des Informationsökosystems. Die immer mächtiger werdenden Instrumente zur Bearbeitung und Kreation von Inhalten und die Geschwindigkeit von Entwicklung und Verfügbarkeit von Systemen der generativen KI haben weitreichende Auswirkungen auf unser Verhältnis zu Information und Wahrheit im Netz.
- Digitale Inhalte werden im demokratiepolitischen und elektoralen Diskurs immer wichtiger und somit ist die technische Integrität von Inhalten eine demokratiepolitische Herausforderung. Umso essenzieller ist ihre Authentizität, um Wahlbeeinflussung zu vermeiden, die Funktionalität der politischen Institutionen und das Vertrauen in sie zu erhalten und den Einfluss von malicious actors zu limitieren
- Provenance ermöglicht die digitale „Signatur“ von Inhalten durch die standardisierte Attribution von Metadaten, der Nachverfolgbarkeit von Bearbeitungen und somit eine Garantie der technischen Integrität eines Inhaltes.
- Auch die KI-Verordnung (AI Act) fordert eine Prüfungsstelle zur Authentizität (bzw. Herkunft oder Provenance) von Inhalten bzw. der Standardisierung von digitalen Signaturen für diese
- Die österreichische Umsetzung der Verpflichtung aus dem AI Act ist eine Chance, einen breiten Konsensus von Medien- und Digitalbranche zu schaffen und Best Practices aus dem Ausland wie der C2PA zu übernehmen
- Ein offener technischer Standard in einem Schulterschluss von Digitalunternehmen und u.a. BBC existiert seit Jänner 2022 von der Coalition for Content Provenance and Authenticity (C2PA) und beschreibt, wie Provenance-Daten kryptografisch an einen Inhalt gebunden und entlang der Wertschöpfungskette bis zum Endkonsumenten transportiert werden können.

Vision:

- **Orchestrierung eines Schulterschlusses von Digitalbranche, Medienbranche, Verwaltung und Politik in einer Österreich-Allianz für Definition und Durchsetzung von Standards für Inhalte-Signaturen**

Maßnahmen:

- **Initiierung einer Arbeitsgruppe** zur Ausarbeitung von Standards der Datensignierung durch das Finanzministerium (Staatssekretariat für Digitalisierung) in Koordination mit Innenministerium, Medienministerium, und Vertreter:innen aus Medienbranche und Digitalbranche
- **Gemeinsame Kommunikationskampagne** der genannten Stakeholder zur Schaffung von Vertrauen in digitale Inhalte

Diese Maßnahmen bewirken

- Proaktives Auftreten und Engagement Österreichs gegen Fake News, Wahlmanipulation
- Schaffung von Vertrauen der Bevölkerung in die Echtheit von digitalen Inhalten
- Der Erfolg einer Authentizitätsstelle hängt maßgeblich von der Nutzung der von ihr etablierten Standards und der Einbindung ihrer Signaturen ab – dafür ist es unerlässlich, dass die Digitalbranche in die Umsetzung dieser Stelle eingebunden wird und frühzeitig weltweite technische Expertise liefern kann

One-Stop-Shop für Digitalregulierung für Bürokratievereinfachung und mehr Rechtssicherheit

Status Quo:

- Die kumulativen regulatorischen Anforderungen an Unternehmen der Europäischen Union steigen stetig an – insbesondere die Dossiers mit digitaler Relevanz sind dank des Fokus der europäischen Institutionen auf Digitalisierung in den letzten Jahren enorm gestiegen.
- Das Zusammenspiel zwischen den bestehenden Materien wie der DSGVO mit neuen Dossiers wie dem Data Act, dem AI Act, oder NIS2 ist aktuell entweder ungeklärt oder administrativ aufwendig, speziell für KMUs. Laut Schätzungen von Digital Europe sind trotz des Grundsatzes „One In One Out“ seit 2019 26 Rechtsakte mit digitaler Relevanz verabschiedet worden, mit weiteren 60 in Planung, während keine aufgehoben wurden.
- Die Geschwindigkeit, der Umfang, und das noch ungeklärte Zusammenspiel der Regulierung, die auf Europas Industrie zukommt, führen zu rechtlicher und technischer Unsicherheit in der Wirtschaft und bedrohen somit Europas Wettbewerbsfähigkeit. Wenn technische Innovationen und Produkte erst nach Fertigstellung geprüft werden können und bei Zusammenfallen mehrerer Rechtsakte hohe Strafen drohen, wird sich das insbesondere auf die Start-Up Kultur in der EU auswirken.
- Materien wie der Data Governance Act erfordern nationale Behörden zur Administration der Verfahren/Anfragen - speziell beim bestehenden Fachkräftemangel an IT-Spezialisten in der Verwaltung und der Kurzfristigkeit der zu errichtenden Behörde bräuchte man im Sinne der Effizienz einen “Regulatorischen One-Stop Shop”

Vision:

Errichtung eines One-Stop-Shops zur Bündelung der Genehmigungsverfahren für Digitalregulierung

Maßnahmen:

- **Abstimmung der Berichtspflichten von existierenden und neuen Digital-Dossiers**
 - Unternehmen, die z.B. KI-Lösungen im Gesundheitsbereich anbieten, fallen in mindestens drei Rechtsschienen: die DSGVO-Pflichten, NIS-Anforderungen, und auch die kommende KI-Verordnung.
 - Das sind aktuell drei Ansprechstellen, die teils gleiche oder ähnliche Nachweise verlangen, die Unternehmen dann parallel erbringen müssen. Insbesondere mit der Ausweitung der NIS-Richtlinie von ca. 70 auf Schätzungen zufolge fast 6000 Unternehmen in Österreich inklusive viele KMUs ist es unerlässlich, dass zumindest Nachweise für die Erfüllung der Kriterien der NIS-2 Richtlinie für die Datenschutzbehörde gelten.
- **Einführung eines digitalen Ombudsmanns als Ansprechstelle für berichtspflichtige Unternehmen**

- Für eine umfassende Rechtssicherheit in aktueller und kommender Regulatorik soll der One-Stop-Shop neben einer Bündelung der Berichtspflichten auch eine beratende Tätigkeit ausüben - ein Art "digitaler Ombudsmann für Bürger:innen und Unternehmen in diesem Bereich."
- Mögliche weitere Tätigkeiten wären insbesondere die Bewertung und Stellungnahme zu neuen nationalen und europäischen Rechtssetzungsvorhaben mit einer digitalen Folgenabschätzung, ein Monitoring der kommenden EU-Regulatorik und die Entwicklung von Standards und Empfehlungen für Bundes- und Landeseinrichtungen.

Diese Maßnahmen bewirken

- Mehr Rechtssicherheit für die berichtspflichtigen Unternehmen in Österreich
- Effizienzgewinn durch die Bündelung von Formularen oder Genehmigungen
- Schaffung von Klarheit in behördlichen Ansprechstellen und Eskalationsstufen

Digitalisierungs-Boost durch modernste Maßnahmen zum Schutz von Staat und Unternehmen vor Cyberangriffen

Status Quo:

- Während die Gesamtkriminalität signifikant zurückgeht – minus 11,3%¹ – steigt die Cyberkriminalität dramatisch an – plus 26,3%
- 60% aller österreichischen Unternehmen sind bereits Opfer eines Cyberangriffs geworden, der Großteil bereits mehrmals
- 70% der österreichischen Führungskräfte gehen davon aus, dass die Gefahr für Unternehmen, Opfer von Cyberangriffen und Datendiebstahl zu werden, weiterhin zunehmen wird
- Cybersicherheit wird von den meisten Unternehmen in Österreich als geschäftskritischer Faktor bewertet, weshalb das Budget dafür in 75% der Betriebe erhöht wurde
- 90% der Unternehmen fordern eine staatliche Stelle, die sich ausschließlich mit Cyber Security auseinandersetzt
- Nur 19% der Unternehmen vertrauen in die Sicherheit ihrer Lieferanten und Cloud-Dienstleister
- Gerade bei KMU fehlt es oft an Kapazitäten im Bereich der Cyber Security
- Der Mangel an geeigneten Versicherungsangeboten und konkreten Vorgaben führt zu Compliance-Problemen bei KMU, anstatt für Sicherheit auf digitaler Ebene zu sorgen
- Für eine effektive Strafverfolgung fehlt es derzeit an Ressourcen, ausreichenden Rechtsgrundlagen und (Ausbildungs)-Know-How (StA, SV, BKA)

Vision:

¹ KPMG Studie: Cyber Security in Österreich; Studie IT Advisory, April 2021, Sicherheitsforum Digitale Wirtschaft Österreich

- Staat und Unternehmen schützen sich durch Awareness- und Präventionsmaßnahmen und vertrauensschaffende Programme sowie durch Ausbildungsangebote für Grundwehrdiener:innen vor Cyber-Angriffen.

Maßnahmen für die nationale Cyber Security Strategie:

- **Stärkung KMU im Bereich Cyber Security:**
 - Verpflichtende Einführung eines **Cyber-Security-Verantwortlichen** ab fünf IT-Arbeitsplätzen im Unternehmen (für Betriebe, die noch nicht von der NIS2-Richtlinie umfasst sind) und ein größeres Angebot zur Wissensvermittlung und Weiterbildung durch zertifizierte Organisationen
 - Schaffung eines dafür verbindlichen Anforderungskatalogs (ähnlich NIS) für KMU
 - Definition von einheitlichen Mindeststandards, die ein Unternehmen im Sinne der Due Diligence erfüllen muss, um gegen Cyberangriffe versicherbar zu sein zu KMU
 - Bestehende Standards nutzen und weiterentwickeln, um Informationen/Zertifizierungen weiterverwenden zu können und bürokratischen Aufwand gering zu halten (z.B. Anforderungen aus KSÖ Cyber Risk Rating, Cyber Trust Label, ISO27001)
- **Stärkung des staatlichen Schutzes vor Cyber-Angriffen und Cyber Crime**
 - **Ausbau des derzeitigen Cybersecurity-Ausbildungsangebotes und Bewusstseinsbildung für Cyber-Bedrohungen** im Rahmen des Grundwehrdienstes (Cyber-Grundwehrdiener:innen)
 - **Aufbau einer Cyber-Miliz durch möglichst baldige Einbeziehung der Cyber-Grundwehrdiener:innen ins Milizsystem**
 - Schaffung einer intensiven sechsmonatigen Ausbildungsmöglichkeit für L1/L2 Cyber-Analysten (ähnlich wie in Dänemark, Finnland, Niederlande, Israel) für alle Grundwehrdiener:innen
- **Massive Erhöhung der Aufklärungsquote bei Cyber-Kriminalität durch**
 - Verdoppelung der Planstellen für im Bereich Cyber-Crime ermittelnde Behördenstellen in den zuständigen Ministerien und Möglichkeit der Beiziehung eines flexiblen externen Expert:innenpools
 - Weiterbildungsoffensive mit Fokus auf das Erkennen und Bewerten von Cyber Crimes für alle Polizeibeamt:innen
 - Einrichtung eines **Security Operations Centers** für WKO Mitgliedsunternehmen, das die Umsetzung von IT-Hygienemaßnahmen überprüfen und die Unternehmen im Falle eines Cyberangriffs unterstützt
 - Stärkere internationale Kooperationen bei länderübergreifender Bekämpfung von Kriminalität und Cyber-Terrorismus und bei Abwehr der Gefährdung der nationalen Sicherheit durch wirtschaftliche, nachrichtendienstliche und terroristische Bedrohung
 - Aufbau eines Austauschs mit anderen Staaten über den Stand der Technik und den Austausch von Best Practices und Bedrohungsbewusstsein (auch im Bereich 5G)
- **Resilienzaufbau durch einheitliche Gesamtkoordination für alle für Cyber Security und Cyber Defense zuständigen Behördenstellen**

- Errichtung eines „**Cyber Security Competence Hubs**“ in Form einer örtlich definierten Sonderzone (Regulatory Sandbox) für den Auf- und Ausbau von Cyber Security Kompetenzen mit dem Ziel internationales Know-How in Österreich anzusiedeln (nach Erhebung und Evaluierung aller bestehenden Initiativen)
- **Technologiepartnerschaften:** Enge Kooperation zwischen den zuständigen Behörden und Angebote/Schulung seitens der großen Hyperscaler & SW Anbieter als auch der großen lokalen Cloud & Service
- Definition für den in **der 5G-Infrastruktur** technisch-agnostischen (systemunabhängigen) Schutzbedarf, der sowohl auf der klaren regel- und kritikalitätsbasierten Prüfung von Komponenten, Transparenz der Supply Chain des Lieferanten und seine Kontinuität, als auch auf der breiteren Bewertung der Komponentenanbieter aufbaut, und damit eine rechtssichere Investitionsplanbarkeit für privatwirtschaftliche Akteure garantiert
- Umsetzung von einheitlichen Prüf- und Zertifizierungsprozessen auf EU-Ebene für 5G-Komponenten von Telekommunikationsinfrastruktur und umfassende Implementierung der EU-Toolbox
- **Einrichtung einer unabhängigen, weisungsfreien Behörde** und Aufsetzen einer Arbeitsgruppe zur raschen Umsetzung dieses Vorhabens unter Einbindung der wesentlichen Stakeholder

Diese Behörde:

- dient als international vernetzte Schnittstelle für heimische Unternehmen
- berät zum Thema Cyber Security und beinhaltet eine Einsatzgruppe gegen Hackerangriffe (Cyber Crime)
- entwickelt Vorschläge für eine Vereinfachung bzw. Weiterentwicklung des Rechtsrahmens gemeinsam mit Unternehmen und Rechtsexpert:innen
- gilt als umfassender Regulator im Digitalbereich, der sich auch als Sparring Partner versteht. Vorbilder gibt es hierzu im Telekom- oder Energiesektor

Diese Maßnahmen bewirken:

- Deutliche Reduktion von wirtschaftlichen Schäden, die durch Cyberangriffe entstehen
- Vertrauensbildung und daraus abgeleiteter Digitalisierungs-Boost in Österreich
- Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes durch Steigerung der Reputation von Politik und Industrie
- Zurückerlangung von Kontrolle und Souveränität gegenüber immer größer und komplexer werdenden Bedrohung durch Cyberangriffe
- Begrenzung wirtschaftlicher Schäden für Unternehmen (z.B.: durch Unterbrechungen von Lieferketten)
- Unterstützung der KMU beim Digitalisierungsschritt
- Steigerung der Akzeptanz von Milizsoldat:innen seitens der Wirtschaft
- Attraktivierung des Bundesheeres

DATEN, CLOUD, KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Errichtung eines KI-Kompetenz- und Servicezentrums

Status Quo

- Künstliche Intelligenz bringt eine grundlegende Transformation für Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, und Politik – Österreich hat nun die Möglichkeit, durch Aufsetzen einer Struktur und Schaffung von einem gebündelten Know How Centers die Chancen der Technologie zu nützen und KI zu einem Erfolgsfaktor für Österreich zu machen.

Vision:

- **Errichtung eines Forums für Know-How-Austausch zu KI im Rahmen eines Kompetenz- und Servicezentrums**

Maßnahmen:

- **Errichtung eines KI-Kompetenz- und Servicecenters** bei der RTR und Aufsetzen von Arbeitsgruppen innerhalb des Zentrums zur Einbindung von Stakeholdern aus Wissenschaft, Wirtschaft, und Politik
- **Einbindung des Beitrags des Zentrums in der politischen Weiterentwicklung der KI-Strategie** in Österreich
- **Koordinierung von Leitfäden und Forschungsprogrammen durch das Zentrum** und Kommunikation der aktuellsten Entwicklungen im Bereich KI an die Bevölkerung

Diese Maßnahmen bewirken:

- **Gemeinsamer Beitrag von Wissenschaft und Wirtschaft zum gesellschaftspolitischen Dialog:**
 - Durch die Zusammenarbeit der politisch relevanten Stakeholder in einem neutralen Format kann das KI-Kompetenzzentrum einen wertvollen Beitrag dazu leisten, Vertrautheit mit KI und die notwendigen Kompetenzen für den Umgang damit zu schaffen.
 - Das Zentrum kann eine erklärende Funktion gemeinsam mit dem österreichischen akademischen Feld übernehmen und trägt somit zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes und des Digitalstandortes bei, während es bei der Bevölkerung Information und Vertrauen mit Technologie schafft.
- **Garantie eines Know-How Transfers an Stakeholder:**
 - Im wirtschaftlichen Einsatz von KI besteht oft Rechtsunsicherheit in der Erfüllung der Formalismen von DSGVO bzw. in Zukunft dem AI Act und Data Act oder sind Unternehmen die aus KI-Einsatz resultierenden Chancen wie Effizienzgewinne, neue Prozesse, oder Abfederung des Arbeitskräftemangels nicht bewusst.
 - Durch die Einbindung der Sozialpartner schafft das KI-Kompetenzzentrum einen Know-How Transfer von Forschung und Regulierung zu wirtschaftlichen Stakeholdern und bringt somit technologisches Wissen in Österreichs Wirtschaft.
- **Stärkung von Österreichs Stimme in der EU als digitalpolitischer Akteur:**
 - Das KI-Kompetenzzentrum kann nicht nur nach innen meinungsbildend, vertrauensschaffend, und informierend wirken, sondern auch ein Best Practice innerhalb der EU darstellen.

- Durch Bündelung der Expertise aus Wissenschaft und Digitalbranche können politische Entscheidungsträger:innen schnell und einfach in den notwendigen Stakeholder-Dialog zu europäischen Regulierungsvorschlägen gehen. So trägt das Zentrum nicht nur zur Attraktivierung des Digitalstandortes bei sondern verschafft Österreich eine Stimme in den richtungsweisenden Zukunftsthemen der Digitalen Dekade.

Engagement der Branche für die Promotion von Trustworthy AI

Status Quo

- Speziell der Einsatz von KI im öffentlichen Sektor, der immense Effizienzgewinne bringen kann, stößt auf Vorbehalte und Unwissen. KI hat jedoch auch enormes Potenzial für zB die Entwicklung von neuen Pharmazeutika oder in der OSINT-Analyse – hier müssen Richtungsentscheidungen getroffen werden und definiert werden, wie wir mit diesen Revolutionen umgehen.
- Auf europäischer Ebene formieren sich parallel zum Prozess des AI Acts schon internationale Big Player, um gemeinsam Leitlinien für Entwicklung und Einsatz von KI zu definieren. Parallel dazu entwickeln die G7-Staaten auch erste Eckpunkte eines sicheren Einsatzes von KI. Diese Leitfäden oder Selbstverpflichtungen sollen dabei aber wettbewerbsfreundlich und ohne Gold Plating umgesetzt werden.

Vision:

- **Gemeinsames Commitment von Digitalbranche und Politik in der Beachtung von ethischen Prinzipien in Einsatz und Entwicklung von KI**

Maßnahmen:

- **Initiierung einer Taskforce im Rahmen der Neu-Erarbeitung der KI-Strategie** zur Auseinandersetzung mit ethischen Prinzipien durch zB Definition oder Übernahme von bestehenden Codes of Conduct
- **Engagement der österreichischen Bundesregierung auf europäischer und globaler Ebene** in der Definition von internationalen Codes of Conduct nach europäischen Wertvorstellungen

Diese Maßnahmen bewirken:

- Positionierung Österreichs als ein Weltkompetenzzentrum der Sozialwissenschaft, zu dem auch ein Engagement für den digitalen Humanismus zählt
- Positionierung Österreich als Taktgeber für zukünftige internationale ethische Leitfäden

Massiver Aufschwung der digitalen Transformation durch Steigerung der Cloudnutzung

Status Quo:

- Cloud Computing ist nicht mehr länger eine „Supportfunktion“, sondern ein essenzieller Wettbewerbsfaktor für moderne Unternehmen und den modernen Staat
- Studien zeigen, dass erst rund 20% der Anwendungen von Unternehmen auf der ganzen Welt als „Cloud“ zur Verfügung gestellt werden und gleichzeitig besagen sie, dass Cloud Computing bis

2025 den Markt für IT-Infrastruktur anführen wird.² Um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu stärken, ist eine rasche Entwicklung von Cloud-Angeboten dringend zu empfehlen

- Clouds stellen rasch und flexibel Ressourcen für neue Initiativen von Unternehmen bzw. Behörden zur Verfügung. Sie ermöglichen und bedingen eine innovative Applikationsmodernisierung und Digitalisierung und führen zu rascherer und kostengünstiger Industrialisierung und Standardisierung sowohl in der Software-Erstellung als auch im Betrieb
- Im Rahmen der IT-Konsolidierung der Österreichischen Bundesregierung soll Cloud-Computing als Zielarchitektur festgelegt werden und evaluiert werden, welche Applikationen in die Hybrid-Cloud transportiert werden können und sollen. Es erscheint – abhängig von der jeweiligen Anwendung – empfehlenswert, dabei die bereits bestehende hybride Cloud-Architektur zu berücksichtigen und gegebenenfalls on premise oder in Public Clouds zu erweitern
- Nutzung und Betrieb von IT ist ein zentraler Aspekt von Cloud Computing und ermöglicht dynamische Skalierung sowie einfachen und sicheren Zugang zu neuester Technologie
- Digital souverän ist, wer die Verfügungsgewalt über seine Daten und Applikationen behält. Die zentrale Frage nach der digitalen Souveränität ist daher von Beginn an im Design von Lösungen in der Cloud zu berücksichtigen
- Ein gemeinsamer Ansatz für die rechtssichere Verwendung des weltweiten Cloud-Angebots wird die digitale Souveränität Europas stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Industrie erhöhen. Parallel dazu wird es die Digitalisierung für effiziente öffentliche Verwaltungen, eine bessere Gesundheitsversorgung und eine sauberere, nachhaltigere Umwelt unterstützen
- Österreich hat sich bereit erklärt, die Cloud-Einführung im privaten und öffentlichen Sektor in ganz Europa durch zusätzliche Investitionen und verstärkte Nutzung von Synergien zwischen nationalen Initiativen voranzutreiben und sich an einer europäischen Cloud-Föderation zu beteiligen. Ebenso bekennt sich Österreich zur Initiative GAIA X und arbeitet an der Etablierung eines österreichischen GAIA X Hubs
- Nach dem Schrems-II-Urteil des EuGH und dem Kippen des Privacy Shields fehlt eine taugliche Rechtsgrundlage für einen sicheren, rechtskonformen transatlantischen Datenverkehr. Dies führt zu Verunsicherungen und stellt alle Unternehmen – vor allem KMU ohne eigene Rechtsabteilungen – vor große Herausforderungen
- Derzeit gibt es bereits einige von der Branche entwickelte (oder in Entwicklung befindliche) Verhaltenskodizes, die von der Europäischen Kommission unterstützt und von der Europäischen Datenschutzbehörde anerkannt sind bzw. werden

Vorteile von Cloud Computing:

- **Flexibilität** – Nutzung und Verrechnung von IT-Ressourcen nach tatsächlichem Bedarf
- **Kosteneffizienz** – Keine Vorhaltung von Infrastrukturreserven für Lastspitzen bzw. schlecht kalkulierbare Wachstumsraten. Weiters können Skaleneffekte beim Cloud Provider Kostenvorteile ergeben
- **Zeitersparnis** – Wechsel auf bedarfsgerechte IT innerhalb kürzester Zeit. Der logistische Aufwand für die Installation/Erhaltung der Systeme „on premise“, der bei einem Systemwechsel normalerweise mehrere Monate bis Jahre dauert, fällt im Idealfall weg. Ebenfalls schafft Cloud-Nutzung eine kürzere Time to Market, die für die Wettbewerbsfähigkeit

² <https://www.it-daily.net/it-management/cloud-computing/27150-cloud-trends-aufstieg-von-edge-computing>

von Unternehmen entscheidend ist. Neuentwicklungen auf selbst gemanagete On-Premise Umgebungen können kurz nach Einführung schon wieder veraltet sein.

- **Skalierbarkeit** – Durch jederzeit mögliche Skalierung von Kapazitäten für die Anwendungslandschaft kann sich das Unternehmen/die Behörde voll auf die Geschäftsanforderungen fokussieren
- **Sicherheit** – Kund:innen können von den umfangreichen Sicherheits- und Compliance-Maßnahmen der internationalen Cloud-Anbieter profitieren. Die Absicherung erfolgt auf allen Ebenen (IaaS, PaaS und Services)
- **Unabhängigkeit** – Durch Nutzung etablierter Industriestandardisierung ist eine Portabilität/Migration zwischen Cloud-Plattformen einfach möglich
- **Automatisierung** – Durch einen hohen Grad an Automatisierung profitieren Nutzer der Cloud Services im Betrieb Ihrer Umgebungen. Dadurch kann der Fachkräftemangel teilweise adressiert werden und Mitarbeiter können sich um wichtige Aufgaben kümmern
- **Resilienz:** Etablierte Cloud Anbieter stellen sicher dass alle Cloud Rechenzentren Hochverfügbar sind und ein sofortiges Umschalten auf eine andere Cloud Region die Verfügbarkeit aller Systeme im Falle eines Ausfalls garantiert.

Vision:

- **Beschleunigung der digitalen Transformation durch Steigerung der Cloud-Nutzung mittels zukunftsfitter bundesweiten Cloudstrategie als Motor für die österreichische Standortstrategie im**

Maßnahmen:

- **Durchführung einer breiten Informationskampagne** mit Best Case Studies für alle Bürger:innen und für den Hochschulbereich als Unterstützungsmaßnahme für die breite Anwendung von Cloud Computing:
 - Kooperation mit relevanten Branchenverbänden
 - Bündelung bestehender Initiativen
 - Einbindung von Beratungsstellen (der WKO/IV)
 - Umfassende Informationskampagne um Falschinformation zu Cloud-Nutzung zu bekämpfen
- **Bekanntnis der BReg zu einem Staat als Vorbild für Clouduanwendungen und KI Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung:** Anerkennung der führenden Rolle des öffentlichen Sektors bei der Digitalisierung und der damit verbundenen Cloud- KI und Daten-Akzeptanz, die zu Effizienzsteigerungen, Agilität und Skalierbarkeit führt.
 - Evaluierung im Rahmen der IT-Konsolidierung der Österreichischen Bundesregierung wird Cloud-Computing als Zielarchitektur festgelegt und es wird evaluiert, auf welche bereits genutzten Applikationen aufgebaut werden kann.
 - Umsetzung der bereits veröffentlichten Daten-KI-Strategie mit festgelegten Budget für die ersten 50 Maßnahmen bis 2025
- **Stärkung des Technologiestandortes durch die Zurverfügungstellung von Fördermitteln für den Aufbau eines erfolgreichen Data National Competence Centers** (z.B.: GAIA X National Hub), insbesondere mit den Schwerpunkten: Gesundheitsdaten, Green Deal, Mobility und

Manufacturing. Österreich soll die Chance der europäischen Digital-Strategie und die damit verbundenen geplanten Entwicklung von Datenräumen nutzen, um Standards der Datennutzung zu definieren und sich innerhalb der EU als digitaler Entwicklungsstandort zu positionieren

- **Forcieren einer klaren gemeinsamen transatlantischen Regelung zur Wiederherstellung eines rechtssicheren Cloud-Zugangs:** Österreich soll innerhalb der EU die Forcierung einer klaren gemeinsamen transatlantischen Regelung (Data Privacy Act, EU-US Datenschutzschild) vorantreiben. Derzeit herrscht fehlende Klarheit der anzuwendenden Gesetze zwischen EU/USA. Dies führt zu Verunsicherungen und fehlender Rechtssicherheit. Bis transatlantische Rechtssicherheit besteht, soll aufgeklärt werden, wie durch zB eine EU Sovereign Cloud eine Umgebung darstellen kann, in der EU-Recht angewandt wird.
- **Förderung der Cloud-Kompetenz im Bildungsbereich** (Schule und Erwachsenenbildung)
- **Flächendeckender Ausbau der 5G-Infrastruktur**, um die Vorteile der 5G-Technologie im Bereich der Netzwerkkapazitäten (Latenz, Slicing etc.) und End-to-End-Sicherheits- und Datenschutzvorteile für die Cloud-Nutzung bereitstellen zu können. Dies ist für Wettbewerbsfähigkeit der vielen KMU und Einzelunternehmen in Österreich von hoher Bedeutung

Diese Maßnahmen bewirken:

- Österreich behält den Anschluss am weltweiten Trend „Cloud Computing“ und gewährt Zukunftssicherheit der Investitionen
- Erhöhung der Krisensicherheit, Agilität, Resilienz, Effizienz und Reaktions- bzw. Aktionsgeschwindigkeit der Verwaltung/Unternehmen durch die flexiblen Services und die Verfügbarkeit von Daten „anywhere, anytime“
- Wesentlicher Beitrag zur digitalen Transformation von Unternehmen und Verwaltung
- Digitale Innovationen österreichischer Unternehmen/Behörden finden durch Cloud-Anbieter rasche Verbreitung und werden so wettbewerbsfähiger, Entwicklungskosten werden durch weltweite Verbreitung deutlich besser skalierbar
- Minimierung von Cyber-Security-Risiken für Endkunden durch Schutz internationaler Cloud-Anbieter und durch Verbesserungen in der 5G-Sicherheitsarchitektur (Verschlüsselung, Privacy, Roaming etc.)
- Flexibilisierung der Kostenstruktur für KMU durch verursachungsgerechte „Pay what you use“-Modelle
- Prozessverbesserungen in den Bereichen Industrie, Logistik, Produktion, Energie und Forschung sowie bei neuen Produkten, Dienstleistungen und Geschäftsmodellen
- Datensouveränität mit voller Sicherheit für die Anwendender:innen: Jedes Unternehmen entscheidet selbst, wo seine Daten gespeichert werden und wer sie zu welchem Zweck verwenden darf
- Fokussierung der verfügbaren Personalressourcen auf höherwertige Aufgaben durch den hohen Grad der Automatisierung der Cloud Services
- Erschließung neuer Geschäftsmodelle/Datenmonetarisierung
- Unterstützung einer Sharing Economy

Top-Positionierung Österreichs auf EU-Ebene durch Verwendung einfacher, sicherer, europäischer Lösungen für digitale Identitäten und identitätsbezogene Daten

Status Quo:

- In Europa gibt es neben der Elektronischen Identität (eID) derzeit unterschiedliche Lösungen für digitale Identitäten im privaten Sektor
- Insgesamt führt diese Diversität im europäischen Umfeld dazu, dass die Aufwände für Applikationsbetreibende, welche sämtliche digitale Identitäten integrieren wollen, kaum zu bewerkstelligen sind
- Österreich ist mit der Handy-Signatur Vorreiter und Leader im gesamteuropäischen Vergleich
- Diese Leadership-Rolle gilt es auszubauen, um den privatwirtschaftlichen Anwendungsbereich auszuweiten
- Ziel der Europäischen Union ist die Schaffung einer einheitlichen einfachen europäischen digitalen Identität, um der Wirtschaft und den in Europa lebenden Menschen einen sicheren Zugang zum europäischen digitalen Markt zu eröffnen
- In einem ersten Schritt soll eine digitale Identität für den niederschweligen Bereich geschaffen werden, z.B.: Initialprojekte als einheitliche (und von Google, Apple, Facebook unabhängige) Log-In-Lösung für heimische Medien und Webshops
- Betreiben und umsetzen soll diese digitale Identität eine öffentlichen Stelle, im besten Fall eine europäischen Institution in enger Kooperation mit privaten Unternehmen
- Eine Umsetzung auf Mitgliedsstaatenebene ist denkbar
- Diese digitale Identität soll für die Nutzer:innen kostenlos sein
- Um eine lange und unabhängige Verfügbarkeit garantieren zu können, braucht die digitale Identität eine offene Architektur, die auf einem Open-Source-Ansatz aufbaut
- Damit eine interessante Alternative zu den GAFSA-Identitäten (Google, Apple, Facebook) entsteht und bereits bestehende Lösungen für gesicherte Identitäten in verschiedenen Ländern (z.B.: Trust Service Provider) unter einem europäischen „Banner“ einzubinden.

Vision:

- **Schaffen und Vorantreiben einer harmonisierten digitalen Identität für einfache, breite und kostenfreie Basisnutzung für den privaten Sektor im gesamten europäischen Wirtschaftsraum**

Maßnahmen:

- Die Österreichische Bundesregierung engagiert sich für eine harmonisierte rasche Umsetzung des europäischen Regelwerkes eIDAS und implementiert dieses national
- Die österreichische Politik etabliert einen europäischen Prototyp als Best Practice
- Konzeption einer Usability/Akzeptanz-Analyse und erfolgreiche Umsetzung durch wissenschaftliche Begleitung
- Vorantreiben einer Partnerschaft mit einem oder mehreren „Friendly User:innen“ aus der Privatwirtschaft

- Einrichtung von Partnerschaften mit weiteren EU-Ländern
- Aufklärungskampagnen in Kooperation mit Interessenvertreter:innen der Privatwirtschaft

Diese Maßnahmen bewirken:

- Das Vertrauen der Bevölkerung in digitale Identitäten wird gestärkt
- Es erfolgt ein Ausbau der Privatsphäre („Privacy by Default“) und Datenhoheit von heimischen User:innen
- Vereinfachte Nutzbarkeit für in Europa lebende Menschen und in Europa agierende Unternehmen
- Vereinfachung des Zugangs innerhalb des digitalen europäischen Binnenmarktes

Top-Positionierung Österreichs in der öffentlichen Verwaltung durch fortschrittliche Rahmenbedingungen für die Beschaffung innovativer Lösungen

Status Quo:

- Laut Digitalisierungsbericht des BMDW (2021) können Unternehmen durch stärkere Digitalisierung der Verwaltung bis zu 54% der Kosten der Behördeninteraktion reduzieren. Für Österreich bedeutet das, dass Unternehmen auf diese Weise bis zu €100 Mio. jährlich einsparen könnten.³
- Eine Vereinfachung von Verwaltungsprozessen auf Basis neuer, innovativer Technologien ist sowohl für Unternehmen als auch für die Bürger:innen aufgrund bestehender bürokratischer Strukturen derzeit nur unzureichend möglich
- Die Anwendung von künstlicher Intelligenz zur Maximierung von Sicherheit und der niederschwellige Zugang zu Informationen und Dialog sind derzeit noch keine Entwicklungsschwerpunkte bei IT-Dienstleistungseinrichtungen der öffentlichen Hand (z.B.: Robotic Process Automation, Predictive Data Analysis, Natural Language Processing, Blockchain-Technologie, eID etc.)
- Langwierige Vorbereitungsprozesse sowie fehlende Standardisierung von Ausschreibungen führen bei Innovations- und Digitalisierungsprojekten dazu, dass sich die Rahmenbedingungen für Projekte bereits während des Förderprozesses ändern
- Bei der Umsetzung von maßgeblichen innovativen Projekten kommt es oftmals im Vorfeld zur Durchführung von nicht ausschreibepflichtigen Piloten. Diese kosten nicht nur Zeit, sondern berücksichtigen derzeit auch nicht die getätigten Investitionen während der Pilotphase bzw. die unerwünschten urheberrechtlichen Nebeneffekte für konkurrierende Unternehmen

Vision:

- Die Förderung der Beschaffung innovativer Lösungen für die öffentliche Verwaltung als entscheidender, zukunftsorientierter Schlüsselfaktor für Österreichs Standort

³ Digitalisierungsbericht BMDW 2021, Seite 11

Maßnahmen:

- Fokus auf die Qualifizierung des Berufsbildes der öffentlichen Beschaffer:in
- Schaffung von innovationsfördernden vergaberechtlichen Rahmenbedingungen
- Erleichterte Beschaffung von innovativen Lösungen
- Klare Aufgabenstellung und Besetzung der IÖB
- Evaluierung der Innovativen Beschaffungen
- Vereinfachter Zugang für innovative KMU
- Stärkung inhaltsbezogener Bewertungskriterien über den Preis im Falle von technologiebezogener Ausschreibungen

Diese Maßnahmen bewirken:

- Bestehende Rahmenbedingungen werden flexibilisiert und beschleunigt sowie an kürzere Innovationszyklen und die fortschreitende Digitalisierung angepasst
- Steuerung von Innovationsentwicklung durch den öffentlichen Einkauf von innovativen Produkten, Systemlösungen und Dienstleistungen
- Optimale Nutzung der Chancen und Möglichkeiten des Bundesvergaberechts
- Attraktivierung von innovativen Projekten der öffentlichen Hand durch Anwendung von Innovationspartnerschaften und breit angelegten Markterkundungen in der Anfangsphase und durch klare Regelungen von Nutzungs- und Urheberrechten
- Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich

DIGITAL SKILLS

Gründungsoffensive IT-HTLs zur Gewinnung zukünftiger IT-Spitzenkräfte

Status Quo

- Die IT-Branche in Österreich leidet unter einem massiven Mangel an Arbeitskräften, insgesamt sollen ca. 24.000 IT-Fachkräfte in Österreich fehlen. Dieser Fachkräftemangel ist ein europaweiter und wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken, da bis 2030 die Zahl der Erwerbstätigen EU-weit um 4%, in Deutschland sogar um 8%, sinken wird⁴.
- Neben der Attraktivierung der Arbeitsplätze und Zuwanderung ist auch die heranwachsende Generation von zukünftigen IT-Spitzenkräften eine Möglichkeit, diesen Arbeitskräftemangel abzufedern. Die berufsbildenden höheren Schulen, insbesondere die HTLs, leisten hier einen wichtigen Beitrag in der fundierten, praxisnahen Ausbildung.
- Jedes Jahr werden z.B. in Wien ca. 800 Schüler:innen, die gerne eine IT-HTL besuchen würden, abgewiesen – jedoch existieren keine bundesweiten Zahlen zur Heterogenität des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage.
- Neben der Errichtung von HTLs muss auch das Image der BHS in Österreich verbessert werden – während punktuell ein Mangel an Plätzen besteht, der im Sinne des Digitalstandortes schnellstens behoben werden muss – soll durch neue, moderne Schulen das Modell der BHS attraktiviert werden. Dazu sollen die technischen Zweige an Schulen gemeinsam an Bildungsmessen für Schüler:innen stärker beworben werden.

Vision:

- Boost der Absolventenzahlen durch eine Gründungsoffensive für 10 neue IT-HTLs in Österreich

Maßnahmen:

- **Sonderbudget für die Errichtung von 10 HTLs durch das BMBWF**
- **Einrichtung eines Fonds für die Errichtung von IT-HTLs** in ganz Österreich durch das Bildungsministerium und Finanzierung durch Länder und WKO
- **Koordinierung der Unterstützung für Schüler:innen durch die WKO:** Bereitstellung von Stipendien, Infrastruktur, bzw. Angebote für Feriapraktika durch die Industrie

Diese Maßnahmen bewirken:

- Abfederung des Fachkräftemangels
- Stärkung der ländlichen Industrie durch die Erhöhung von BHS-Absolvent:innen mit technischem Fokus
- Verbesserung der Chancengleichheit der Regionen im Bildungswesen durch die Errichtung von mindestens einer neuen IT-HTL pro Bundesland

⁴ McKinsey, The Future of Work in Europe, <https://www.mckinsey.com/featured-insights/future-of-work/the-future-of-work-in-europe>

Maßnahmenpaket zur Attraktivierung des Standortes für internationale Spitzenkräfte

Status Quo

- Neben der Ausstellung von Arbeitsgenehmigungen muss ein Land, das sich im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte bemüht, Begleitmaßnahmen schaffen, die die Niederlassung bzw. die Integration möglichst effizient und einfach gestalten.
- Aktuell wird die Unterstützung, die Ankommende erfahren, oft von ihren Arbeitgebern übernommen – die Regierung sollte hier jedoch die Last von den Unternehmen nehmen und ein Maßnahmenpaket erlassen, um nicht nur den Standort attraktiver zu machen sondern auch die Ankunft der Fachkräfte effizienter zu gestalten

Vision:

- **Umsetzung eines Maßnahmenpakets von Begleitmaßnahmen des internationalen qualifizierten Zuzugs**

Maßnahmen:

Entwicklung von Steueranreizen für IKT-Spitzenkräfte am Beispiel von europäischen Best Practices

- Rumänien stellt ein Erfolgsbeispiel für ein attraktives Land für Spitzenkräfte dar – vor ca. 10 Jahren wurden dort die Steuern bei Ansiedlung von IKT-Fachkräften gesenkt. Das hat nicht nur zu einem qualifizierten Zuzug geführt, sondern weist das Land auch einen hohen Anteil an Frauen in der IKT-Branche auf.
- Auch Barcelona kann als Beispiel für Österreich dienen, wo für einen gewissen Zeitraum nach Ankunft von Spitzenkräften eine reduzierte Flax Tax erhoben wird.

Umsetzung einer Beratungs- & Unterstützungsstelle für ein ganzheitliches Familien-Ankunfts-konzept

- Übernahme von Aufgaben wie zB die Übermittlung von Ehepartner:innen an Jobportale und eine Orientierungshilfe zur Organisation von Schulplätzen
- Einbindung der Expertise dieser Stelle in die Erstellung von Strategien der Bundesregierung zur Anwerbung von internationalen Spitzenkräften

Ermöglichung der Vorab-Einreichung von Formularen beim Konsulat

- Etablierung der Österreichischen Konsulate im Ausland als Servicestelle für internationale Fachkräfte
- Dokumente, die jede Österreich wohnhafte Person ausfüllen muss, wie der Meldezettel, müssen auf Englisch verfügbar sein

KMU-Beratung zur Einstellung ausländischer Fachkräfte für Unternehmen

- Zusammenstellung der notwendigen Dokumente und Prozesse für v.a. KMUs
- Angebot der wöchentlichen „Sprechstunden“ in den WKO-Außenstellen in den Bundesländern für Unternehmen zur Beratung von KMUs

Diese Maßnahmen bewirken

- Attraktivierung des Standortes Österreich
- Bessere und effizientere Gestaltung der Ankunft in Österreich
- Entlastung von Unternehmen entlasten, die jemanden aus dem Ausland beschäftigen möchten und dadurch attraktivere Gestaltung dieser Option

„Inklusivitätspush“ zur Erschließung des Potenzials unterrepräsentierter Gruppen für den IKT-Sektor

- Parallel zur Gewinnung von Fachkräften durch Zuzug braucht es in Österreich auch einen Image-Wandel der IKT-Branche bzw. eine bessere Vermarktung und Schaffung von Anreizen für neue oder unterrepräsentierte Zielgruppen
- Drei Zielgruppen sollen in Zukunft schwerpunktmäßig in die IKT-Branche integriert werden sollen: Frauen, Bewohner:innen des ländlichen Raumes, und fachfremde Universitäts-Absolvent:innen
- Aktuell sind zB Frauen in Österreich in der IKT-Branche unterrepräsentiert – das ist nicht nur ein Mangel an wertvollen Perspektiven sondern auch relevant für den Fachkräftemangel – Frauen sind 50% der Bevölkerung
- Die Pandemie hat auch die Vorteile von Remote Working bzw. Home Office verdeutlicht – es ist aktuell einfacher denn je, eine Arbeitskraft aus einem anderen Bundesland/Land einzustellen.
- Für viele Jobs in der IKT-Branche ist ein Informatik-Studium keine Voraussetzung – durch Umschulungsprogramme („Traineeships“) können Unternehmen Jobs identifizieren, die innerhalb eines gewissen Zeitrahmens zB 1 Jahr zu erlernen sind, und fachfremde Absolvent:innen von Universitäten für diese Traineeships gewinnen
- Im angelsächsischen Bereich ist die Einstellung von Absolvent:innen ohne direkten akademischen Bezug zum Job üblicher als in Österreich – eine schnelle, praxisorientierte Ausbildung ist nicht nur ein Benefit für Absolvent:innen sondern öffnet einen weit größeren Pool an Arbeitskräften für Unternehmen

Vision:

- **Maßnahmenpaket für einen „Inklusivitätspush“ für die IKT-Branche zur Gewinnung von neuen Fachkräften aus den Zielgruppen der Frauen, der ländlichen Bevölkerung, und fachfremden Absolvent:innen**

Maßnahmen:

- **Förderung von Praktikumsplätzen für Frauen**
 - Analog zu den Förderungen für „gointernational“-Praktika sollen in Österreich Anreize für Praktika, die an Frauen gerichtet sind, geschaffen werden. Neben der Gewinnung von neuen Fachkräften begünstigen Quereinsteiger-Programme auch das gesamte Image der Branche – neben dem Angebot von Praktika an Schüler:innen und Student:innen können so auch schon Arbeitende einen praktischen Einblick in die Branche bekommen und die Vorzüge wie Flexibilität, Innovation, attraktive Gehälter, und Zukunftsträchtigkeit sehen.
- **Institutionalisierung von Traineeships zur Umschulung von fachfremden Absolvent:innen und Schaffung von steuerlichen Anreizen**

- Steueranreize für Remote Working aus ländlichen Regionen

Diese Maßnahmen bewirken:

- Verbesserung der IKT-Branche in Metriken der Inklusivität und Gleichstellung
- Stärkere Präsenz der IKT-Branche bei jungen Leuten in Bildungseinrichtungen
- Förderung des ländlichen Raums in Österreich und somit Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und Chancengleichheit der Regionen

Entwicklung digitaler Kompetenzen von Schüler:innen und Lehrenden als Schlüssel zu sozialer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit

Status Quo:

- Im Zuge der Covid-Krise wurde der gesamte Fort-, Aus-, und Bildungsbereich in Österreich auf „Distance Learning“ umgestellt. Dies hat folgende Herausforderungen sichtbar gemacht:
 - Mangelnde digitale Kompetenz sowohl im Umgang mit Daten als auch bei der Medienkompetenz
 - Zu geringe Online-Wissensvermittlung und Online-Wissensfeststellung
 - Uneinheitliche Standards und Vorgehensweisen in unterschiedlichen Bundesländern sowie in verschiedenen Schulen und unter Lehrer:innen
 - Fehlende Gesamtvision dafür, wie Schulen in Österreich künftig aussehen sollen
 - Die entstandene digitale Kluft hemmt den Lernfortschritt der Schüler:innen und kann sich negativ auf Kinder aus bildungsfernen Haushalten auswirken
 - Enorme Doppelbelastung für berufstätige Eltern
 - Die Einführung des verpflichtenden Faches „Digitale Kompetenz“ für Schüler:innen ist ein wichtiger Fortschritt.

Vision:

- Integration von „Digitaler Kompetenz“ in das Lehramtsstudium als verpflichtendes Fach
- Ausweitung des Pflichtfachs „Digitale Grundbildung“ auf Lehrlingsausbildungen

Maßnahmen:

- Ausweitung des Pflichtfachs „Digitale Grundbildung“ auf Lehrlingsausbildungen
- Bewusstseinsbildung zum Thema Cybersecurity ab dem Grundschulalter und Vermittlung eines IT-Grundverständnisses (über IT-Anwenderkenntnisse hinaus)

- Integration des Ausbildungsfaches „Digitale Kompetenz“ in den Studienplan des Lehramtsstudiums
- Regelmäßige Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen für digitale Lernkompetenz für Lehrende, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte über aktuelle Entwicklungen im Bereich Digitalisierung stets up to date sind.
- Entwicklung der Kompetenz „Computational Thinking“ (Informatisches Denken), Medien- und IT-User-Kompetenz, Cyber Security und Coding
- Weiterentwicklung und intensive Bewerbung des Projekts „Orientierungs-Channel für digitale Berufe“, um die Attraktivierung digitaler Berufsfelder in Österreich bei Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern voranzutreiben.

Diese Maßnahmen bewirken:

- Resiliente Gestaltung des Unterrichts und gelebte digitale Kompetenz an Schulen
- Entwicklung eines Bewusstseins für Datenschutz, Datensicherheit und Medienkompetenz bei Schüler:innen und Lehrer:innen
- Attraktivierung und Awareness für Daten- und IT-Berufe unter den Schüler:innen
- Reduktion des europaweiten Fachkräftemangels bei Daten- und IT-Berufen
- Aneignung von Methodenkompetenz in digitaler Wissensübermittlung und Wissensüberprüfung für Lehrer:innen
- Entwicklung von Kompetenzen in der Verwendung von digitalen Technologien
- Förderung von Selbstbestimmtheit und Chancengleichheit für Schüler:innen und Lehrer:innen
- Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien und Kontaktpunkte
- Inklusion in allen Lebensbereichen durch Stärkung digitaler Kompetenzen
- Sicherung des Standortes Österreich durch Schaffung von Innovationen in bestehenden oder neuen Unternehmen
- Anreiz, sich mit digitalen Technologien hinter den Anwendungen zu beschäftigen, um Gesamtsysteme besser verstehen und nutzen zu können
- Gewonnene Produktivitätssteigerung durch digitale Ersatzmaßnahmen (Online-Unterricht, Online-Beurteilungen etc.) zu erhalten und Kompetenz für den richtigen Umgang damit zu vermitteln

Digitalisierungsschub bei KMUs durch eine Aufklärungsoffensive durch Digitallotsen und niederschwellige Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten

Status Quo:

- Der Digitalisierungsindex zeigt, dass sich Großbetriebe von 2019 bis 2020 ihren Digitalisierungsgrad um ca. 10% ausbauen konnten, während dieser bei den KMU stagnierte⁵
- Über alle Branchen hinweg betrachtet, verzichtet jedes dritte Unternehmen nach wie vor auf digitale Ansprache bestehender oder neuer Kund:innen, **ein Viertel der Betriebe verfügen über keine eigene Website und nur ein Zehntel hat einen eigenen Webshop**⁶
- Studien belegen, dass die Covid-Krise die digitale Kluft zwischen KMUs und Industrieunternehmen vergrößert hat. Auch insgesamt ist der Digitalisierungsindex in Österreich seit 2019 von 34 auf nur 35 von 100 Punkten im Jahr 2021 gestiegen.
- Das Digitalisierungsniveau ist stark branchenabhängig. Covid-19 hat im Gesundheits- und Sozialwesen die Digitalisierung zwar beschleunigt, es gilt aber noch immer als die am wenigsten digitalisierte Branche.
- Für KMU sind rechtliche Anforderungen, fehlendes Know-How, eine mangelhafte Internetverbindung und veraltete IT-Infrastruktur die größten Herausforderungen für die digitale Transformation.
- Spezielle Einrichtungen und Programme (KMU.DIGITAL, fit4internet, Austria Wirtschaftsservice usw.) bieten den KMU bereits erste Unterstützungsmaßnahmen wie Wissensvermittlung, Beratung und Förderungen für die digitale Transformation. 8 von 10 Unternehmer:innen wünschen sich dennoch zusätzliche Unterstützung.

Vision:

- Durchführung einer Digitalisierungsoffensive für KMUs mittels Beratungsdienstleistungen durch Digitallotsen direkt bei den Unternehmen vor Ort, mittels Durchführung von Ausbildungsschecks für Angestellte und durch die Einführung einer zweckgebundenen Fördermittelvergabe.

Maßnahmen:

- Informationskampagne:
 - Im Rahmen von KMU.Digital fordern wir die Einführung von Digitallotsen: Diese identifizieren proaktiv nicht ausreichend digitalisierte Unternehmen und erheben neben dem Potenzial des Unternehmens auch das digitale Allgemeinwissen der Angestellten
 - **Verpflichtende Evaluierung des KMU.Digital Programms** und dessen Erfolg bei den teilnehmenden Unternehmen
 - **Aufstockung des Budgets** für KMU.Digital auf 50 Mio. EUR

⁵ Digitalisierungsindex 2021

⁶ Digitalisierungsindex 2021

- **Ausbildungsoffensive** auf Basis der innerhalb der EU einheitlich entwickelten Zertifizierungen und Standards (Dig-Cert, DigComp etc.):
 - Aufnahme von verpflichtenden Ausbildungskriterien bzw. Zertifikaten von mindestens einem Angestellten je Unternehmen (Digital-Skills-Komponenten) in alle Förderprogrammausschreibungen – damit schafft man zusätzlich Anreize zum Kompetenzerwerb der Mitarbeiter:innen bei Unternehmen
 - Ausweitung des Pflichtfachs „Digitale Kompetenzen“ auf Lehrlingsausbildungen

Diese Maßnahmen bewirken:

- Schaffung zukunftsfitter Arbeitsplätze
- Stärkung der digitalen Kompetenz bei Arbeitskräften und Unternehmen
- Zukunftsorientierte Digitalisierung von Unternehmen
- Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich

„Generationenplan Digitale Bildung“

Status Quo:

- Neben der Gewinnung von IT-Spitzenkräften ist in Österreich auch die digitale Grundbildung der gesamten Bevölkerung essenziell – ob eine Bevölkerung digitale Dienste nutzen kann, neuen Technologien vertraut, oder E-Government Angebote annimmt, ist ein wettbewerbsentscheidender Standortfaktor
- Digital Skills sind im aktuellen Zeitalter auch nicht mehr nur für Berufe in der IKT-Branche notwendig, sondern für den Großteil der zukünftigen Berufe
- Es muss mit der Breitenbildung aber auch mit der Heranführung an E-Government-Angebote frühzeitig begonnen werden: In Österreich wurde seit letztem Jahr das Fach Digitale Grundbildung in der Unterstufe eingeführt – das ist ein guter erster Schritt für diese Zielgruppe, für Erwachsene jedoch identifizieren wir aktuell einen Information-Gap bei niederschweligen Angeboten zur digitalen Bildung
- Zur Vermittlung von E-Government in der Schule besteht zB der Ansatz, dass ID-Austria in den Unterricht integriert wird, und damit die Kinder und Jugendlichen den Umgang mit ID-Austria lernen und gewohnt sind
- Da in den unterschiedlichen Altersgruppen und Lebensphasen unterschiedliche Needs bestehen, und unterschiedliche Konzepte, wie digitale Bildung in die Breite gebracht werden, erstellt werden müssen, plädiert die IOÖ für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes Digitale Bildung

Vision:

- **Einrichtung einer ressortübergreifenden Koordinationsstelle für digitale Bildung und Erstellung eines Konzeptes für die Vermittlung von digitaler Bildung für alle Altersstufen**

Maßnahmen:

- Erstellung eines Konzeptes für lebenslange digitalen Bildung in einer zentralen Stelle der Bundesregierung und Umsetzung von Maßnahmen für jedes Lebensalter

- Ausweitung des Schulfachs Digitale Grundbildung auf die Oberstufe und Lehre
- Verankerung von E-Government Anwendungen im schulischen Alltag zur Vertrautmachung mit digitalen staatlichen Angeboten
- Verankerung von mindestens 10% der Lerninhalte des Fachs Digitale Grundbildung in Weiterbildungen des AMS

Diese Maßnahmen bewirken:

- Verbesserung der digitalen Grundbildung und Weiterbildung der gesamten österreichischen Bevölkerung
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Ranking Österreichs im DESI-Index der Europäischen Union

INFRASTRUKTUR

Paradigmenwechsel bei der Breitbandförderung in Österreich / Stopp der Breitbandförderung

Status Quo

- Trotz umfangreichem Breitbandausbau dank öffentlicher und privater Investitionen, werden die zur Verfügung gestellten Glasfaser-Verbindungen oftmals gar nicht genutzt - so setzt ein Drittel der privaten Haushalte weiter auf mobiles gigabitfähiges Internet.
- Während die sogenannten "Take Up-Raten" direkt ins Haus und in die Wohnung führendem Breitbandinternet (FTTH) in Nordeuropa bei über 80 Prozent liegen, werden von den verfügbaren Anschlüssen in Österreich gerade einmal 18 Prozent genutzt, im EU-Schnitt sind es 41% (Quelle: DESI 22).
- Insgesamt nützen in Österreich lediglich 2,1 Prozent der Haushalte laut einer Statistik des FTTH Council Europe einen Glasfaseranschluss. Im Vergleich dazu beträgt die Nutzungsrate im EU-Schnitt knapp über 20 Prozent.
- Der (Tief)-Baumarkt ist derzeit stark überhitzt. Durch die große Anzahl an Bauvorhaben, die BBA2030 stimuliert, kommt es derzeit zu gegenseitigem Abwerben von Tiefbau-Ressourcen - dadurch steigen die Preise enorm.
- Weiteres öffentliches Kapital würde privates Kapital verdrängen, weil gefördert wird, was wahrscheinlich ohnehin entsteht.
- Ausbau-Kosten würden bei einem weiteren Fördercall analog steigen und die Steuermittel gehen frustriert in die Inflation anstatt in Breitband-Anschlüsse
- Die Abwicklung der bisherigen Förder-Calls ist noch nicht annähernd abgeschlossen, eine Evaluierung hat noch nicht stattgefunden

- In dieser Situation weitere öffentliche Mittel – in welcher Höhe auch immer - auszuscheiden, wird die Kosten weiter steigen lassen, treibt somit die Inflation weiter an und ist somit eine Gefahr für alle bestehenden Ausbauambitionen in Österreich
- Die Telekommunikationsunternehmen plädieren generell für einen Paradigmenwechsel in der Breitbandförderung – weg von der angebotsseitigen Förderung, hin zu einem nachfrageorientierten Fördermodell, die den Nachfrage-Gap in Österreich schließt.

Vision:

- **Umsetzung einer kosteneffiziente und treffsichere Anwendungsförderung in Form eines Konnektivitäts-Vouchers zur Kosten- und Effizienzsteigerung der eingesetzten Mittel und Schließung des Nachfrage-Gaps.**

Maßnahmen:

- Stopp der klassische Breitbandausbauförderung im Sinne eines treffsicheren und effizienten Mitteleinsatz der Steuerzahler:innen und Fokus auf Anwendungsförderung
- Umsetzung eines Stakeholder-Prozesses zur Entwicklung eines treffsicheren nachfrageorientierten Förder-Modells, das europarechtlich abgesichert, bundesweit einheitlich, technologieneutral und nicht wettbewerbsverzerrend ist.

Diese Maßnahmen bewirken:

- Mit einem Gutschein-Modell kann der Abstand zwischen Angebot und Nachfrage reduziert werden und
- die Kosteneffizienz und Treffsicherheit der eingesetzten Steuermittel deutlich erhöht und Angebot und Nachfrage besser aneinandergesetzt werden.
- Bürger:innen können unbürokratisch & selbstbestimmt die Kosten ihre Anschlusskosten fördern lassen
- Erhöhung der Take-up-Rate zu Erreichung der flächendeckenden Abdeckung mit symmetrischer Gigabit-Verbindungen bis 2030
- Steigerung des DESI-Rankings in die TOP 5 des DESI-Indizes (derzeit Platz 10) bis 2025, in das Take-up-Raten auch einfließen

Nationaler Schulterschluss Ausbauziele 2030: Roll-out muss endlich aus der bürokratischen Warteschleife

Status Quo

- Mit der derzeitigen Förderstrategie und den aktuellen regulatorischen Rahmenbedingungen sind die Ausbauziele der Bundesregierung stark gefährdet.
- Der Ausbau muss endlich seiner Bedeutung für den Digitalstandort entsprechend in einem nationalen Schulterschluss über alle föderalen Strukturen hinweg vorangetrieben werden.
- Um den Breitbandausbau in den ländlichen Gebieten zu beschleunigen, braucht es dringend einen Bürokratieabbau bei Genehmigungsverfahren. Diese dauern zwischen Ländern, Bezirken und Gemeinden nach wie vor bis zu 18 Monate.

- Die Bewilligungspflichten für die Errichtung öffentlicher Kommunikationsnetze bedeuten lange und aufwendige Verfahren und somit volkswirtschaftlichen Schaden durch verzögerte Inbetriebnahme
- Der bürokratische Aufwand ist nicht zukunftsfähig und bindet zu viele Ressourcen, die damit nicht in der Infrastruktur ankommen.

Vision:

- „Hilfe zur Selbsthilfe“, indem der Staat seine Hausaufgaben im Bürokratieabbau vorantreibt, damit die Ausbauziele der Bundesregierung erreicht werden können und die Mittel auch da ankommen, wo sie sollen: im Infrastruktur-Roll-out

Maßnahmen:

- Bündelung der Genehmigungen für Sendemasten in Form eines One-Stop-Shop z.B. bei Bezirkshauptmannschaften.
- Verankerung bewilligungsfreier Errichtung von Kommunikationsnetzen in allen Bauordnungen (analog zur Photovoltaik in Tirol)
- Umsetzung von „Mustergenehmigungen“ für bestimmte TK-Anlagen vor, die einmalig genehmigt werden und somit Anlagen des gleichen Typs keinem Genehmigungsprozess mehr unterliegen („No-Stop-Shop“)

Diese Maßnahmen bewirken:

- Gebündelte Verfahren sind ökonomischer, und würden durch ihre einheitliche Abwicklung und Koordinierung den Roll-out beschleunigen, sowie objektive und einheitliche Kriterien fördern
- Wir stehen im europaweiten Wettbewerb um Investitionen: Umso weniger Geld in die Bürokratie fließt, umso mehr bleibt für den Ausbau übrig – und macht Österreich auch attraktiv für Investoren.
- Durch beschleunigte vereinfachte Verfahren gewinnt der Sektor aber auch Mittel, um den flächendeckenden Roll-Out umzusetzen - durchbrechen wir gemeinsam bürokratische Hürden im Interesse des Digitalstandorts Österreich.

Nachhaltige Versorgungsaufgaben für energie-effiziente grüne Netze

Status Quo:

- Digitale Technologien erleichtern nicht nur den Alltag der Menschen und sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Wirtschaft, sie spielen auch eine Schlüsselrolle beim Erreichen der Klima- und Nachhaltigkeitsziele.
- Aus der Verfügbarkeit von Gigabit-Infrastrukturen und Daten resultieren völlig neue Anwendungsfelder (Cloud- und Edge-Computing, Big Data, Industrie 4.0, Sharing economy, ...) mit substanziellen Potenzialen emissionsintensive Bereiche wie industrielle Fertigung, Mobilität, Energie und Gebäude drastisch zu reduzieren.
- Insbesondere die Möglichkeit der Verknüpfung von Daten in Echtzeit und der Vernetzung von Geräten (IoT) ermöglicht Effizienzsteigerungen für den Ressourcenverbrauch und damit den Umwelt- und Klimaschutz.
- Trotzdem ist der Betrieb der Netzinfrastruktur, die auch die Basis für digitale Anwendungen wie IoT, KI und Big Data bildet, insbesondere durch den exponentiellen Datenanstieg, sehr energieintensiv.

- Die Telekommunikationsunternehmen nehmen laufend technologische Optimierungen bei den Netzen und Rechenzentren vor, haben die Dekarbonisierung der Stromversorgung bereits zu 100% vollzogen und investieren in zahlreiche Nachhaltigkeitsinitiativen.

Vision:

- **Ermöglichung eines energieschonenden nachfrageorientierten Nachtbetriebs, um den Gesamtenergieverbrauch der Netze um rund 3% zu reduzieren.**

Maßnahmen:

- Adaptierung der Versorgungsaufgaben, um den energie-effizienten Netzbetrieb bzw. die dynamische Netzsteuerung (analog zu Deutschland) zu ermöglichen: An Mobilfunk-Stationen, in denen gerade wenig Nutzer im Netz surfen, soll automatisch der dynamische Energiespar-Modus aktiviert werden können. Hierbei werden überschüssige Frequenzen deaktiviert, den Endkund:innen jedoch weiterhin hohe Bandbreiten zur Verfügung gestellt.

Diese Maßnahmen bewirken:

- Mit nachhaltigen Versorgungsaufgaben kann der Telekommunikationssektor bis zu 3% seiner Gesamtenergie einsparen.

Digitaler (Tiefbau-Ausbauplan für den koordinierten Netzausbau, um Ressourcen und Kosten zu sparen

Status Quo:

- Tiefbaumaßnahmen sind teuer und belasten Verkehrsteilnehmer:innen und Anrainer:innen.
- Daher wäre es sinnvoll, wenn bei Tiefbaumaßnahmen egal welcher Art maximale Synergien erzielt werden, indem potenziell an einem gemeinsamen Ausbau oder einer Mitbenutzung Interessierte rechtzeitig und lückenlos auf geplante Tätigkeiten aufmerksam gemacht werden und somit ihrerseits eigene Baumaßnahmen mit dem Initiator zusammenlegen könnten.
- Die Umsetzung eines Tiefbauatlas wurde im Regierungsprogramm festgelegt und schafft Kostenvorteile sowie Ressourcenschonung.
- Bereits die (noch in Kraft befindliche) Breitbandkostensenkungsrichtlinie versuchte, hierfür einige koordinative Ansätze zu propagieren, um diese Synergiepotenziale zu heben. Dieser neue Rechtsakt (Gigabit Infrastructure Act) befindet sich derzeit in Verhandlungen auf Europäischer Ebene. Die Nachfolgeregelung soll insbesondere im Hinblick auf die Transparenz von Baumaßnahmen noch weitreichendere Vorgaben beinhalten (z.B. SIP Single Point of Information).
- Zur Umsetzung dieser Vorgaben ist es aber notwendig, dass geplante Tiefbaumaßnahmen - inklusive bereits vorhandener und mitnutzbarer Infrastruktur - frühzeitig digital abrufbar und standardisiert für ganz Österreich für jeden mit potenziellem Nutzungsinteresse verfügbar gemacht werden.
- Die Telekom-Regulierungsbehörde (RTR) betreibt ein Register (ZIS-Datenbank) in welchem jedoch nahezu ausschließlich Bauvorhaben des Telekommunikationssektors – und diese bei weitem nicht vollständig – abgebildet sind. Derzeit existiert kein zentrales Verzeichnis, welches alle Bauarbeiten umfasst. Einzelne Gebietskörperschaften haben ihre eigenen Verzeichnisse etabliert (z.B. Wien), die jedoch nicht wie benötigt zusammengeführt werden.

Vision:

- Ein zentraler österreichweiter und sektorübergreifender „Tiefbauatlas“, der akkordierte ressourcenschonende und kosteneffiziente Tiefbauaktivitäten ermöglicht

Maßnahmen:

- Umsetzung eines sektorübergreifenden Tiefbau-Ausbauplans, durch die Zusammenführung und Zurverfügungstellung bestehender Datenquellen für geplante öffentliche und private Tiefbauprojekte jeglicher Art.

Diese Maßnahmen bewirken:

- Der Breitbandausbau in Österreich wird sowohl beschleunigt, als auch günstiger und nachhaltiger.
- Die digitale Basis eines Tiefbauatlas könnte auch für allenfalls notwendige Genehmigungsverfahren verwendet werden und würde über ein standardisiertes Format auch die Arbeit der damit betrauten Behörden erleichtern und beschleunigen.
- Die Umsetzung dieser Maßnahme wird sich auch positiv auf das Ranking von Österreich im DESI Index auswirken.

Österreich als führende Digitalisierungsnation durch investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für den flächendeckenden 5G-Ausbau

Status Quo

- Eine verlässliche und leistungsfähige Digitalinfrastruktur ist Grundlage für sämtliche Informations- und Kommunikationstechnologien und entscheidend dafür, gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse aufrechtzuhalten, besonders in Zeiten von Social Distancing, Remote Work und Home-Schooling
- Derzeit belegt Österreich den 11. Platz (von 27 EU-Ländern) im Konnektivitätsindex – wir sind Schlusslicht beim Glasfaserausbau und im hinteren Feld bei der 5G-Abdeckung. Neben topografischen Nachteilen liegt dies insbesondere an fehlenden strukturellen Impulsen, um Anreize für Investitionen in digitale Infrastruktur zu gewährleisten
- Die Zielsetzungen der Bundesregierung im Rahmen der 5G-Strategie und der Breitbandstrategie, die 5G-Führerschaft anzustreben und den Ausbau regulatorisch günstiger und einfacher zu gestalten, sind bis heute leider nur teilweise umgesetzt
- Mit der Förderung des Glasfaserausbaues durch die Regierung in Höhe von EUR 1,4 Mrd. werden weitere 7% (von 43% auf 50%) der österreichischen Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen ausgestattet. Die übrigen 50% der Haushalte sind auf private Investitionen angewiesen.
- Damit Österreich im Rennen um internationales Investitionskapital für die digitale Infrastruktur wettbewerbsfähig ist, sind die Reduktion der Errichtungs- und Betriebskosten, die Stärkung der Rechte für Infrastrukturbereitsteller sowie Rechtssicherheit und Endbürokratisierung entscheidend.

Vision:

- Investitionsfreundliche regulatorische Rahmenbedingungen für den 5G-Roll out durch eine proaktive Rolle der öffentlichen Hand in der Standortpolitik, damit die Ausbau- und Konnektivitätsziele erreicht werden können

Maßnahmen:

- Reduktion der Betriebs- und Errichtungskosten beim 5G-Ausbau und Stärkung der Rechte für Infrastrukturbereitsteller
- Schaffung von einheitlichen Schnittstellen und klaren rechtlichen Rahmenbedingungen
- Bündelung der privatwirtschaftlichen Finanzkraft der Telekombranche für den Ausbau der digitalen Infrastruktur und Multiplikation der Beschäftigungseffekte durch Zulassung von innovativen Kooperationsmodellen
- Rasche verzögerungsfreie Umsetzung aller offenen Maßnahmen der 5G-Strategie

Diese Maßnahmen bewirken:

- Positionierung Österreichs als Top-5-Digitalisierungsnation Europas
- Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich für internationale Digitalunternehmen und Investoren
- Stärkung der Krisenfestigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft durch starke und verlässliche 5G- und Breitbandinfrastruktur
- Flächendeckender 5G-Ausbau, der den Endnutzer:innen zahlreiche Sicherheitsvorteile bringt (Authentifizierung-, Verschlüsselung-, Privatsphäre-, Roamingsicherheit)
- Forcierung eines raschen Ausbaus der digitalen Infrastruktur zur Erreichung der Ziele aus der 5G-Strategie und der Breitbandstrategie trotz aktueller Krisensituation
- Ein flächendeckender 5G-Ausbau ermöglicht zusätzlich eine Erhöhung des BIP von 1% (bis zu EUR 5,5 Mrd.) und schafft bis 2035 etwa 75.000 zusätzliche Arbeitsplätze

E-HEALTH

Aufbau einer unabhängigen Gesundheitsdatenstelle zur Sekundärnutzung von Daten in Österreich

Status Quo:

- Trotz der guten Basisinfrastruktur, die uns die Elektronische Gesundheitsakte (ELGA) zur Datenerfassung für die Primärnutzung in Österreich bietet werden die Potenziale nicht genutzt. Österreich positioniert sich dadurch speziell in der Nutzung von Gesundheitsdaten im unteren Mittelfeld der Vergleichsländer (Digital Health Index der Bertelsmannstiftung).

- In der Gesundheitsbranche besteht weitgehend Einigung darüber, dass einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden müssen, dass Sekundärnutzung schneller und einfacher möglich ist, jedoch auch die institutionellen Rahmenbedingungen und Zusammenführung der Daten begünstigt werden müssen.
- Die größte Herausforderung für die Sekundärdatennutzung in Österreich ist der Zustand unserer „Datensilos“ – Daten, die oftmals exklusiv für Primärzwecke genutzt werden, oder durch nicht ausreichende Qualität nicht geteilt werden können. Die Verknüpfbarkeit von Gesundheitsdaten ist sehr häufig nicht möglich und die Datenbereitstellung ist intransparent und oft mit langen und komplizierten Genehmigungsverfahren behaftet.
- Die Europäische Kommission hat es sich mit ihrem Vorhaben des European Health Data Spaces zum Ziel gesetzt, Datensilos in Europa zu verringern und durch neue Arten von Austausch sowie Nutzung von Gesundheitsdaten die Versorgung zu verbessern und neue Erkenntnisse zu begünstigen. Länder des Spitzenfeldes des Digital Health Indexes bzw. weitere Best-Practice Beispiel in der EU haben bereits technische Infrastrukturen und die notwendige Governance (insb. Finnland und Israel), die Österreich als Vorbild dienen können.

Vision:

- Aufbau einer Gesundheitsdatenstelle für die Nutzung von Sekundärdaten

Maßnahmen:

- **Rasche Umsetzung des European Health Data Space** im österreichischen Kontext durch **Gründung einer unabhängigen Gesundheitsdatenstelle** für Sekundärdatennutzung als öffentliche Infrastruktur
- **Beauftragung und Durchführung einer Machbarkeitsstudie für die unabhängige Gesundheitsdatenstelle** für die Sekundärdatennutzung unter Berücksichtigung verschiedener Umsetzungsszenarien und Konkretisierung für weitere Umsetzungsschritte
- **Schaffung von „Regulatory Sandboxes“ zur Pilotierung priorisierter Use Cases** innerhalb eines neu zu schaffenden Innovationsfonds in identifizierten Potentialfeldern wie u.a.
 - Precision Medicine im Bereich der Onkologie
 - Prävention und Früherkennung von chronischen Krankheiten
 - Versorgungsforschung und systemische Früherkennung auf Ebene des Gesundheitssystems
- **Einbindung der relevanten Stakeholder im Gesundheitssystem und ein breiter öffentlicher Dialog mit den österreichischen Bürger:innen**, sowie eine **begleitende Informationskampagne** über das Potenzial der sekundären Nutzung von Gesundheitsdaten
- **Sicherstellung einer langfristigen Finanzierung** für Aufbau, Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung der technischen Infrastruktur, sowie der benötigten Organisation und Governance

- **Begleitende Definition und Etablierung von Standards für die Datenerfassung** und den Datenaustausch basierend auf nationalen und internationalen Best Practices
- **Schaffung einer transparenten Möglichkeit von Datenspenden** durch Bürger:innen bzw. Patienten

Diese Maßnahmen bewirken:

- **Optimierte Gesundheitsplanung** (Prävention und Früherkennung)
 - Wenn Gesundheitsdaten im medizinischen Alltag noch besser genutzt werden, kann auch die Versorgung mit diagnostischen und therapeutischen Leistungen, Tests, Arzneimitteln oder Impfungen kontinuierlich verbessert werden.
- **Attraktivierung des Standortes für zukunftsorientierte Forschung:**
 - Hat die Forschung Zugang zu sicheren, geschützten, de-identifizierbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsdaten, gewinnt der Forschungs- und Industriestandort (pharmazeutisch und medizinisch-industriell) Österreich weiter an Attraktivität. Forschende und Investitionen können besser im Land gehalten werden bzw. international allokiert werden
- **Versorgungsverbesserung und nachhaltige Sicherstellung hoher Versorgungsqualität:**
 - Qualitäts- und Effizienzsteigerungspotenziale für Betroffene selbst und für das Gesundheitssystem werden durch den vernetzten Einsatz von digitalen Gesundheitslösungen auf vielen Ebenen gehoben.
 - Besseres Verständnis von longitudinalen Behandlungsergebnissen

Schaffung hoch effizienter Gesundheitsservices und -Tools durch digitale Weiterentwicklung für ein souveränes Gesundheitsmanagement aller Bürger:innen

Status Quo:

- Die Pandemie hat im Gesundheits- und Sozialwesen die Digitalisierung zwar beschleunigt, der Bereich gilt aber noch immer als die am wenigsten digitalisierte aller Branchen.
- Die Pandemie hat die Notwendigkeit und Nachfrage nach Online-Termin-Buchungen, digitalen Befunden, E-Medikation und elektronischen Impfpässen sowie online Befundbesprechungen beschleunigt.
- Österreich kann auf zahlreiche Errungenschaften im Gesundheitswesen aufbauen (z.B.: E-card (2005) und ELGA (2015))
- Die Umsetzung diverser medizinischer Pilotprojekte im Bereich Disease Management hat die wesentlichen Voraussetzungen für eine nachhaltige Digitalisierung im Gesundheitswesen geschaffen

- Erste telemedizinische Angebote, wie die telefonische Gesundheitsberatung 1450, bringen das Gesundheitswesen näher zu den Patient:innen und tragen so zu einer effizienteren Steuerung der Patient:innenströme bei
- Die Gesundheitsreform 2013, die Errichtung von Primärversorgungseinrichtungen und weiteren Maßnahmen haben zur Verbesserung der Koordinierung im Gesundheitsbereich wesentlich beigetragen
- Die sekundäre Nutzung von Gesundheitsdaten für universitäre und außeruniversitäre Forschungszwecke ist aufgrund mangelnder Integration und Bedenken rund um Datenschutz aktuell nicht effektiv möglich
- Trotz aller Bemühungen schwächt und verteuert die starke Fragmentierung der organisatorischen und finanziellen Struktur das österreichische Gesundheitssystem

Vision:

- Schaffung eines eigenverantwortlichen und persönlichen „*Digitalen Gesundheitspfades*“ für alle Bürger:innen, basierend auf den Funktionen des Elektronischen Gesundheitsaktes (ELGA), der den Bürger:innen dabei assistiert, das eigene Gesundheitsleben eigenverantwortlich, hoch sicher und unabhängig zu gestalten - angefangen bei Gesundheitspräventions-Aktivitäten über Gesundheitstherapien bis hin zu niederschweligen Pflegedienstleistungen.
- Schaffung einer integrierten Plattform zur sicheren sekundären Nutzung von Gesundheitsdaten aus verschiedenen Quellen, um die Erforschung von neuen Therapieformen sowie die öffentliche Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Maßnahmen:

- Wir fordern eine **umfassende digitale Transformation des öffentlichen Gesundheitswesens**: Dadurch wird die Fragmentierung im Gesundheits- und Pflegewesen überbrückt und den Bürger:innen ermöglicht, aufbauend auf e-card, ELGA und Co, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten
- Es braucht einen Ausbau der Telemedizin und der digitalen Kommunikation mit den Krankenkassen
- Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für die sichere Nutzung von anonymisierten gesundheitsbezogenen Daten zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsversorgung ist notwendig. Weitergabe von anonymisierten Daten an Dritte (Wissenschaft und Pharma) ermöglicht Fortschritt bei der Heilung von Krankheiten und der Bekämpfung von Gesundheitskrisen
- Umsetzung des „IOÖ Digitalisierungs- und Pflege-Pushprogramms“

Diese Maßnahmen bewirken:

- Etablierung eines offenen, standardbasierten Systems, das den eigenverantwortlichen Menschen in den Mittelpunkt stellt, die besten Services bündelt und diese allen Österreicher:innen ortsunabhängig, einfach und sicher zugänglich macht

- Möglichkeit einer hochsicheren, digitalen Kommunikation zwischen Bürger:innen, Angehörigen und Gesundheitsanbietenden
- Ein System, das den Bürger:innen ermöglicht, freiwillig Gesundheitspräventionsmaßnahmen abzubilden, aber auch im Krankheits- bzw. Pflegefall die bestmögliche Orientierung anhand von „digitalen Gesundheitspfaden“ bzw. „digitalen Pflegepfaden“ bietet
- Gewährleistung einer einfachen, per Smartphone zu bedienenden digitalen Anwendung
- Leichtere und effizientere Zusammenarbeit zwischen den wesentlichen Stakeholdern
- Die verbesserte und raschere Erforschung neuer Therapieformen sowie die Optimierung der Gesundheitsversorgung auf Basis qualitätsgesicherter Gesundheitsdaten unter Wahrung des Datenschutzes
- Österreich übernimmt eine internationale Vorreiterrolle und schafft/erfüllt die Voraussetzungen für den von der EU geplanten gemeinsamen europäischen Gesundheitsdatenraum

Vorteile des „Digitalen Gesundheitspfades“ für Österreich:

Die Bürger:innen haben:

- Mehr gesunde Lebensjahre durch einfachen, selbstbestimmten sowie orts- und zeitunabhängigen Zugang zu Leistungen
- Eine verbesserte Orientierung im Gesundheitssystem durch vordefinierte „Gesundheitspfade“ für konkrete Lebenssituationen wie z.B. der Geburt eines Kindes
- Ein optimiertes, personalisiertes und überprüftes Angebot am „Best Point of Service“ (BPoS)
- Mehr Autonomie bei gleichzeitig höherer Sicherheit in der Verwaltung ihrer Gesundheitsdaten

Die öffentliche Hand erreicht:

- Eine Kostendämpfung der Gesundheits- und Pflegeausgaben
- Eine evidenzbasierte Steuerung und Weiterentwicklung des Gesundheitspfads in Richtung in Richtung Anbieter
- Einen einfachen, standardisierten und rechtssicheren Marktzugang
- Wirtschaftliche Vorteile durch optimale, sichere und qualitätsorientierte Rahmenbedingungen
- Deutliche Attraktivierung der Angebote durch besseren, schnelleren und einfacheren Zugang zu den angebotenen Diensten
- Die Stärkung des Forschungsstandortes Österreich für medizinische Forschung und die Erhöhung der Wertschöpfung

Rasche Umsetzung des European Health Data Space durch den „Austrian Health Data Act“

Status Quo:

- Die Weiterentwicklung des Gesundheitsmanagements in Richtung einer transparenten, aktiven Einbindung des Bürgers wird erst durch Digitalisierung ermöglicht – digitale Verfahren für eine

gezielte, sichere Teilung der Daten schaffen die Voraussetzungen für eine informierte Teilung der Daten im zB Rahmen einer Datenspende.

- Der European Health Data Space bietet weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten in der Umsetzung für die Kreation eines digitalen Daten-Ökosystems in Europa
- Österreich hat die Chance, durch eine proaktive, umfassende Umsetzung in Form eines global-umfassenden Rechtsaktes die Primär- sowie Sekundärnutzung von Daten in Österreich zu ermöglichen, verbessern, und eine internationale Vorreiterrolle einzunehmen

Vision:

- Beschließung eines Austrian Health Data Acts für mehr Bürgersouveränität, ein leichter Zugang zu Gesundheitsservices, Digitalisierung des Gesundheitssystems durch Aufbau eines Ökosystems mit ELGA als Kern

Maßnahmen:

Maßnahmen für die Primärnutzung:

- Machbarkeitsstudie und Einführung des Digitalen Gesundheitspfads u. Forcierung von telemedizinischen Angeboten
- Verankerung der Möglichkeit der Datenspende in der öffentlichen Beschaffung
- Ermöglichung und Incentivierung der Verschreibung von DiGAs

Maßnahmen für die Sekundärnutzung:

- Machbarkeitsstudie und Aufsetzen einer Gesundheitsdatenstelle zur Sekundärnutzung von Gesundheitsdaten
- Gemeinsamer Aufbau von Registern für die Spitzenforschung und Gewährung von Zugängen für Forschende unter der Schirmherrschaft des Gesundheitsministeriums
- Übernahme von internationalen Best Practices zu Public-Private Partnerships in der Medikamentenentwicklung am Beispiel Israel
- Forcierung von Pilotprojekten, die den Forschungsstandort stärken

Weitere Maßnahmen:

- Kommunikative Begleitmaßnahmen in einem Schulterschluss von Gesundheitsministerium, Digitalbranche, ELGA, GÖG, und weiteren relevanten Stakeholdern zur Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in die sichere Datennutzung und -anonymisierung
- Nutzbarmachung von sicheren Cloud-Services
- Verankerung der Konzepte Security und Privacy by Design bzw. by Default im Aufbau von digitalen Ökosystemen

Diese Maßnahmen bewirken:

- Niederschwelliger Zugang zu Behandlungsleistungen
- Ermöglichung von einer verbesserten Prävention und Früherkennung von Volkskrankheiten
- Bessere Lenkung von Patientenströmen können durch klare Ansprechstellen und somit Entlastung des medizinischen Personals
- Stärkere Einbindung der Bevölkerung in ihr Gesundheitsmanagement und das Gesundheitssystem als solches. Der Forschungsstandort Österreich wird gestärkt
- Stärkung der Souveränität des Bürgers in der Datenteilung
- Attraktivierung des Forschungsstandortes zur Entwicklung von neuen Therapiemöglichkeiten, personalisierte Medikamenten etc.
- Ermöglichung der Analyse von Behandlungserfolgen nach Parametern wie Frequenz des Krankenhauskontaktes

Nachhaltige digitale Transformation des Pflegewesens zur Verbesserung der Bedingungen für alle Stakeholder

Status Quo:

- In der Politik fehlt eine gemeinsame Vision für die Digitalisierung im Pflegebereich. Zusätzlich verhindert die Trennung der Bereiche Gesundheit und Pflege im Sozialbereich Synergien
- Die Digitalisierung hat das Potential, dem Personalmangel im Pflegebereich entgegenzuwirken, Zeitgewinn zu schaffen, die Arbeit zu erleichtern und die Pflegeberufe zu attraktivieren. Ebenso ist sie die Chance, länger ein selbstbestimmtes Leben zu führen und persönliche Autonomie zu erhalten
- Derzeit gibt es keine Erstattung von digitalen Lösungen (digitalen Heilbehelfen) für die Pflege. Es sind jedoch kaum marktfähige, rein privat finanzierbare Produkte verfügbar (abgesehen von PC, Tablet, Smartphone, Exoskeletten, Ambient Assisted Living (AAL), Smarthome-Lösungen, Sturzpräventionslösungen usw.)
- Die stationäre Pflege dominiert laut Hilfswerk-IHS-Studie in Österreich den Pflegebetrieb – mit starkem Aufwärtstrend. Diese Entwicklung wird von der landesweiten Finanzierungs- und Förderungsstruktur vorangetrieben.⁷ Gleichzeitig herrscht ein großer Personalmangel und alle Pflegebedürftigen wünschen sich eine realistische Wahlmöglichkeit zwischen einem stationären Aufenthalt und der Betreuung/Behandlung zu Hause
- Die Bereiche Telemedizin, Telepflege, Telebetreuung und Teleberatung sind rechtlich nicht ausreichend geregelt. Ebenso fehlt es an digitalen, unkomplizierten Lösungen für Antragstellung und Rückerstattungen im Sozialversicherungsbereich.

⁷ Der RH ermittelte für das Jahr 2016 Gesamtkosten von rund 7,9 Mrd. EUR, von denen etwa 2,9 Mrd. EUR vom Bund, rund 2,1 Mrd. EUR von Ländern und Gemeinden und rund 2,9 Mrd. EUR von Privaten stammten. Diesen Mitteln standen Leistungen im Wert von 3,4 Mrd. EUR für Pflegeheime, von 3,1 Mrd. EUR für die Arbeitsleistung informeller Pflege, von 0,7 Mrd. EUR für mobile Dienste und von 0,6 Mrd. EUR für die 24-Stunden-Betreuung gegenüber.

https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/004.682_Pflege_Oesterreich.pdf

- Digitale Plattformen transformieren das Pflegewesen nachhaltig und bilden einen festen Bestandteil der „neuen Normalität“. Sie führen zu potenzieller Effizienzsteigerung und zur Vereinfachung und Beschleunigung von Prozessen
- Derzeit gibt es keine etablierten B2C/B2B Geschäftsmodelle für digitale Pflegelösungen. Gleichzeitig drängen neue, branchenfremde Akteure auf den Pflegemarkt, um ein gänzlich und langfristig neues Ökosystem zu schaffen, wie beispielsweise durch den Bau eigener Versorgungsstrukturen. Derartige Aktivitäten waren bis dato lediglich etablierten Playern vorbehalten. Technologiekonzerne (z.B. Amazon) aus West und Ost rücken am Gesundheitsmarkt in den Fokus, da diese über große Datenmengen verfügen, die Rückschlüsse auf den aktuellen Zustand ihrer Klient:innen zulassen. Jene Konzerne verfügen darüber hinaus über datengetriebene Geschäftsmodelle. Sofern diese BigTechs in der Lage sind, ihre Klient:innen auch in höchstpersönlichen Lebensbereichen – wie der Gesundheit – zu binden, kann dies über einen längeren Zeitraum einen Lock-in Effekt hervorrufen. Das heißt, dass Klient:innen so eng an einen Anbieter gebunden sind, dass ein Wechsel nur mit großem Kostenaufwand und aufwändiger Umstellung möglich ist.

Vision::

- Verbesserung der Bedingungen im Pflegebereich für alle Stakeholder durch Anwendung von digitalen Lösungen. Kostendämpfung, Effizienzsteigerung, Erleichterung der Pflegetätigkeiten bei gleichzeitiger Steigerung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten von Klient:innen.

Maßnahmen:

- Entwicklung eines Masterplans für Pflege und Digitalisierung durch Verankerung im Regierungsarbeitsprogramm mit klar dotiertem Budget:
 - mit klaren ethischen Guidelines und Entwicklung von rechtlichen Rahmenbedingungen für digitale Anwendungen (Telemedizin, KI) und der Einrichtung einer zugehörigen Kommission. Aufgabe der Kommission ist die Klärung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die die Autonomie der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen aufrechterhalten sowie die Klärung der Frage, wie die Einwilligungsfähigkeit beider Gruppen berücksichtigt/unterstützt werden kann
 - eine Modernisierung des Gesundheits- und Pflegewesens (unter Berücksichtigung der Lösungen, die durch die Digitalisierung geboten werden), durch die Schaffung eines Government-Modells für die Erstattung von digitalen Heilbehelfen und deren Anwendung einerseits, als auch die Implementierung von digitalen Lösungen andererseits
 - Schaffung einer digitalen Infrastruktur für die Vernetzung aller Gesundheits- und Pflegeleistungen und Stakeholder durch den der/die einzeln:en Klient:innen als nächste Stufe Zugang zu einem umfassenden persönlichen eHealth-Ökosystem bekommen. Dadurch wird die Fragmentierung im Gesundheits- und Pflegewesen überbrückt und damit den Klient:innen ermöglicht, aufbauend auf e-card, ELGA und Co, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und ihre persönlichen Daten unter Ausweitung des bestehenden öffentlich-rechtlichen Schutzes hochsicher und unabhängig zu verwalten. Am Beispiel der Pflegedokumentation zeigt sich, dass es eine Vielzahl an Programmen gibt, die in Verwendung sind, aber innerhalb der Träger der Landesorganisationen unterschiedliche Programme genutzt werden. Damit sind Schnittstellen aufwendig bis nicht vorhanden
 - Durch Start einer digitalen Ausbildungsoffensive für Pflegepersonal und pflegende Angehörige, welche tendenziell Hand in Hand mit der „Aufrüstung“

des Pflegepersonals mit State-of-the-Art Hardware und Verträgen/Datenvolumen einhergehen soll

- Bewusstseinsbildende Maßnahmen in der Gesellschaft und bei Betroffenen zur Digitalisierung in der Pflege (durch öffentliche PR-Kampagne), die auch zu einer Attraktivierung des Berufsstandes führen

Diese Maßnahmen bewirken:

- Längerer Erhalt des selbstbestimmten Lebens für Klient:innen im eigenen Zuhause
- Reduktion des Pflegekräfte- und Ärztekraftemangels (besonders am Land)
- Entlastung und Unterstützung aller handelnden Akteur:innen
- Volle Kontrolle und Transparenz über Daten: Bestehende Lösungen gewährleisten Datensicherheit sowie Datenschutz und der User kann den jeweiligen Zugriff sicher verwalten
- Kostendämpfung im Gesundheits- und Pflegewesen
- Vernetzung aller Akteur:innen

ENERGIE

Der schnell voranschreitende globale Klimawandel birgt enorme Risiken für den Wirtschafts- und Digitalisierungsstandort Österreich und ist damit sicher die größte wirtschaftspolitische Herausforderung der 2. Republik. Wenn diesen Risiken vorausschauend entgegnet wird, bieten sich aber auch große Chancen, Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Österreich als Vorreiter in Sachen nachhaltige Technologien zu positionieren.

Als EU-Mitgliedstaat ist Österreich auch in internationale Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels eingebunden. Die Energiewende ist ein wesentlicher Beitrag zu den Klimazielen der EU und Österreich hat sich hier mit der Klimaneutralität 2040 und bis 2030 hundert Prozent des Stroms bilanziell aus erneuerbaren Energieträgern zu beziehen, ambitionierte Ziele gesteckt.

Effizientes Energiemanagement ist ein unerlässlicher Teil im Kampf gegen den Klimawandel. Es ist also notwendig, grundlegend neu zu denken, wie wir Energie produzieren, verteilen und konsumieren. Österreich verfügt über beträchtliches Potenzial für erneuerbare Energien, insbesondere Wasserkraft und Wind- und Sonnenenergie. Die nachhaltige Nutzung dieser Ressourcen erfordert Investitionen in die Infrastruktur und den Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Die Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden, Industrie und im Verkehrssektor ist ein weiterer zentraler Aspekt der Energiewende in Österreich.

Die Digitalisierung mit ihren unzähligen Möglichkeiten, Effizienz zu steigern, muss als entscheidender Treiber für die Transformation des Energiesektors genutzt werden. Alle Akteure im Energiesystem müssen ihre Flexibilitäten bereitstellen und kooperieren, um ein nachhaltiges und sicheres Energiesystem zu gewährleisten. Die zukunftsfähige Energieversorgung erfordert eine enge Verknüpfung von Produktion, Speicherung, Übertragung/Verteilung und vor allem digitaler Steuerung.

Etablierung eines Industriestandards für Datenschnittstellen als Voraussetzung für einen Data Space Energiewende

Status Quo:

- Komplexe Herausforderungen des 21. Jahrhunderts müssen über die digitale Abbildung gesteuert und gemanaged werden: neben den massiven notwendigen Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und der Netzinfrastruktur in Österreich und ganz Europa zeichnet sich die Energiewende mit ihren Netzen der Zukunft durch eine Dezentralität und Multidirektionalität aus. Hinzu kommt der „Prosumer“, welcher als Konsument:in über erneuerbare Energien zur:m Produzent:in wird, und mit den Energieerzeugnissen am Energiemarkt teilnimmt.
- Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Koordinierung der einzelnen Akteure/Systeme ist hierbei ihre Interoperabilität - die Schaffung der technischen Möglichkeit, Daten auszutauschen, zu vergleichen und für neue „Services“ nutzen zu können.
- Bestehende Infrastrukturen sind heute nicht bzw. nicht ausreichend vernetzt, die Qualität existierender Daten ist oft unzureichend und eine effiziente Datennutzung ist auf Grund fehlender Interoperabilität nur mit einem hohen Aufwand und damit hohen Kosten möglich. Wenn wir in Österreich über hochwertige Daten verfügen, kann das auch ein wichtiger Pull-Faktor für internationale (Forschungs-)Projekte sein,
- Auf europäischer Ebene wurde im Rahmen des Smart Grid Mandates 490 die „CEN-CENELEC-ETSI Smart Grid Coordination Group“ gegründet und Standards für technische Interoperabilität von Netzen geschaffen. Sie zählen ebenso in das Ziel der Europäischen Kommission ein, einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen. Ergänzend dazu wurde durch die EU im Jahr 2022 der EU-Aktionsplan zur Digitalisierung des Energiesystems verabschiedet. Ein Kernelement dessen ist es Interoperabilitätsanforderungen und diskriminierungsfreie und transparente Verfahren für den Zugang zu Daten für alle Akteure im Energiesystem zu schaffen.
- Die wesentlichen Enabler für Smart Grids als Systeme von interoperablen Geräten und Systemen sind Standardisierung, Zertifizierung und Cybersecurity – durch die steigende Anzahl an verbundenen Geräten steigen auch die Risiken für Vulnerabilitäten. Neben den technischen Standards und ihrer Prüfung müssen deshalb internationale Rahmen wie das NIST-Framework für Smart Grids übernommen werden.

Vision: Ermöglichung der besseren Datenzusammenführung und Interoperabilität durch Schnittstellen für die Initiierung eines „Dataspace Energiewende“ unter Einbeziehung aller relevanter Stakeholdern

Dreh- und Angelpunkt der Energiewende muss ein Dataspace sein, über welchen Steuerung und Analyse laufen bzw. Verbrauchsverhalten modelliert werden kann, sowie neue datengetriebene Services für alle Akteure ermöglicht werden (z.B.: Lastflusssteuerung durch neue Flexibilität). Österreich soll sich in der internationalen Orchestrierung eines grenzübergreifenden Datenraums zur Energiewende engagieren – es braucht Standards, Schnittstellen und organisatorische Strukturen. So kann Österreich eine Vorreiterrolle zur Energiewende innerhalb des Europäischen Energiedatenraums (z.B. GAIA-X und IDSA) annehmen.

Maßnahmen:

- **Ausarbeitung eines Industriestandards für Schnittstellen zwischen Netzbetreibern und Akteuren** in einer Arbeitsgruppe unter der Einbindung der APG, Verteilnetzbetreiber, Industriehersteller und Digitalunternehmen
- **Ausarbeitung eines Governance-Modells** durch die Industrie-Arbeitsgruppe, das von der politischen Ebene unterstützt werden soll, sowie von Cybersecurity-Maßnahmen zur Sicherung von Daten und einem Maßnahmenkatalog zum Aufsetzen eines Data Spaces zur Energiewende

Diese Maßnahmen bewirken:

- Mehr Transparenz und bessere Nutzung aller Potentiale durch datengetriebene Services im zukünftigen Energienetz.
- Stärkung von Österreichs Position als europäischer energiepolitischer Akteur durch einen maßgeblichen Beitrag zum Europäischen Energiedatenraum und Projekten wie z.B. GAIA-X

Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Incentivierung der Digitalisierung der Stromnetze

Status Quo:

- Die Digitalisierung der Stromnetze ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor zur Erreichung der Klimaziele. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss zukünftig noch stärker forciert werden, dadurch werden die Herausforderungen für das Stromnetz in den kommenden Jahren noch weiter steigen.
- Mit zunehmendem Anteil an erneuerbarer Energie steigt naturgemäß die Volatilität der Stromerzeugung – Windkraftwerke oder PV-Anlagen haben natürliche Peaks in der Energieproduktion, die über das Stromnetz zu den Verbrauchern transportiert werden müssen, jedoch zeitlich nicht immer mit den Peaks im Verbrauch von Industrie und Konsument:innen übereinstimmen. Die Speicherung von erneuerbarer Energie in großen Mengen stellt aktuell noch eine Herausforderung dar. Daher muss der Strom, der in das Stromnetz eingespeist wird, zeitgleich zu den Verbrauchern transportiert werden.

- Die Digitalisierung der Stromnetze kann einen wichtigen Beitrag zur Bewerkstelligung dieser zukünftigen Herausforderungen liefern (und dessen Bedarf wird zukünftig weiter stark steigen). Die Digitalisierung der Stromnetze umfasst beispielsweise den Einsatz von Sensorik auf Leitungen und in Umspannwerken zur Datenerfassung in Echtzeit. Basierend darauf kann das bestehende Stromnetz optimal ausgelastet werden bzw. die Instandhaltung verbessert werden.
- In diesem Zusammenhang kommt auch dem Thema der Künstlichen Intelligenz (KI) eine wichtige Rolle zu. Der Einsatz von KI im Stromsystem kann zur Bewerkstelligung der zukünftigen Herausforderungen einen wichtigen Beitrag liefern und muss zukünftig stark forciert werden. Durch den Einsatz von KI-Systemen bei der Verteilung von Energie kann die Volatilität, durch die Produktion von erneuerbarer Energie, abgefedert werden. KI kann Stromspitzen nicht nur vorhersagen, sondern dabei unterstützen diese bundesweit bzw. europaweit effizient zu verteilen und damit Engpässen entgegenwirken.
- Die Energieproduktion der Zukunft zeichnet sich durch viele Quellen aus, z.B. durch private PV-Anlagen, die in die Stromnetze einspeisen und somit zu "Prosumern" werden (Akteure, die sowohl Produzent als auch Konsument von Energie sind). Die Stromnetze können mit dem bereitgestellten Strom jedoch zunehmend nicht mehr aufnehmen und werden damit an der absoluten Leitungsgrenze betrieben.
- Künstliche Intelligenz kann zukünftig dabei unterstützen, Überlastungen im Stromnetz frühzeitig zu erkennen bzw. etwaige Gegenmaßnahmen zu initiieren und damit die Stabilität der Versorgung zu garantieren.
- Künstlicher Intelligenz kann zukünftig auch verstärkt zur Prognose eingesetzt werden. Durch KI können Wetterprognosen und Erzeugungs- bzw. Versorgungsspeaks frühzeitig erkannt werden und dieses somit noch effizienter gestaltet werden.
- Eine digitale Gesamtsteuerung der österreichischen Energie-Infrastruktur wird nicht nur zu einer technischen Aufgabe, sondern ist essenziell für die Stromversorgung des gesamten Bundesstaates und seiner kritischen Infrastrukturen
- Damit die Global-Overview der Netze funktioniert und Energie verteilt werden kann, müssen die Netze allesamt diese Steuerung ermöglichen können und "smart" sein

Vision:

- Anreize zu Investitionen in die Digitalisierung der Energienetze schaffen, um digitale Gesamtsteuerung zu ermöglichen

Maßnahmen:

- **Forcierung der Digitalisierung durch Gleichstellung von CAPEX und OPEX**
 - Im aktuellen Regulierungsregime wird Intelligenz im Übertragungsnetz nicht ausreichend honoriert (bzw. tlw. bestraft): Derzeit werden nur Kapitalkosten (CAPEX) beanreizt;

operative Aufwendungen (OPEX) unterliegen Effizienzabschlägen und werden daher nur teilweise kostenseitig anerkannt.

- Das primäre Ziel bei der OPEX Regulierung liegt in der kurzfristigen Kostenminimierung – die langfristige Ausrichtung (Klimaziele 2040) steht nicht im Fokus. Es fehlen daher klare Anreize zur stärkeren Digitalisierung der Stromnetze und dadurch werden Potentiale nicht vollumfänglich genutzt, da der Regulierungsrahmen CAPEX Maßnahmen bevorzugt.
- Zum Erreichen der Klimaziele braucht es zukünftig gleichermaßen Anreize für CAPEX und OPEX, damit die Digitalisierung des Stromnetzes stärker forciert wird und damit das volle Optimierungspotential ausgeschöpft wird
- **Finanzielle Incentivierung von langfristigen Investitionen durch Vorsehen von Kapitalverzinsung und Risikovergütung**
 - Das Regulierungsregime muss dahingehend in Richtung state-of-the art angepasst werden: eine effiziente Beanreizung des Netzausbau und der Digitalisierung ist notwendig, wofür die Regulierung eine entsprechende Kapitalverzinsung und Risikovergütung vorsehen muss (Umsetzung im EIWG):
 - Gewährung einer adäquaten Gesamtverzinsung, damit eine rasche Umsetzung des Netzausbaus erfolgen kann.
 - Gewährung einer angemessenen und längerfristigen Beanreizung (z.B. Handling-Fee, Dienstleistungsmarge) von Digitalisierungsthemen (um den geänderten Aufgaben der digitalisierten Stromnetze gerecht zu werden und so den optimalen Einsatz von Betriebsmitteln (CAPEX und OPEX) zu gewährleisten).
 - Keine Anwendung von Kostenabschlagsfaktoren beziehungsweise volle Kostenanerkennung auf OPEX für Digitalisierungsthemen (inkl. Innovation und IT)
 - Damit würde die Digitalisierung des Stromnetzes umgehend voranschreiten (sodass beispielsweise APG als Übertragungsnetzbetreiber und die vielen Verteilernetze umfassender mit der Digitalbranche kooperieren können)
- **Ausbau der Schnittstellen zwischen Transfernetz- und Verteilernetzbetreibern zur Etablierung einer bidirektionalen Echtzeitkommunikation der Netzauslastung in den Verteilernetzen**
 - Nur durch den Ausbau einer geeigneten Mess- und Meldeinfrastruktur in den Verteilernetzen kann eine reale Verteilung der Auslastung des Netzes dargestellt werden und somit Netzstabilität und Versorgungssicherheit unter höchstmöglicher Ausnutzung der Assets gewährleistet werden.
 - Diese Transparenz ist die Grundlage für die punktgenaue und frühzeitige Erkennung von Netzengpässen und die Evaluierung von Maßnahmen zu deren Vermeidung. Smart Meter Daten reichen für diese Transparenz nicht aus, da es sich bei Smart Meter Werten nicht um zeitgleiche parallele und synchronisierte Messungen in der jeweiligen Infrastruktur handelt.

Diese Maßnahmen bewirken:

- Wesentlicher Beitrag zum Gelingen der Energiewende
- Langfristige Absicherung der Zukunftsfähigkeit von Netzen und Versorgungssicherheit Österreichs
- Positionierung Österreichs als europäischen Vorreiter in der Digitalisierung der Stromnetze

- Ausgleich von regionalen Versorgungsgipfeln oder –spitzen
- Positionierung Österreichs als attraktiver Standort für modernste Use Case Pilotierung im Bereich der KI-Einsatz in Stromnetzen

„SMART METER INTELLIGENTER MACHEN“ Flexibilisierung der Strompreis-Auslesung und Tarifstruktur

Status Quo:

- In Österreich ist das Ziel bis 2024, 95 Prozent der Haushalte mit Smart Metern auszustatten. Die Verantwortung für den Austausch liegt bei den Netzbetreibern, was sich als eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe erweist.
- Diese Herausforderung hat zwei wesentliche Aspekte. Zum einen gibt es logistische Herausforderungen, da die Installation so geplant werden muss, dass die Monteure möglichst effizient arbeiten können, ohne unnötige Leerfahrten zu haben. Zudem müssen sie Zugang zu den Zählern haben, die ausgetauscht werden sollen.
- Zum anderen gibt es technische Herausforderungen. Aktuell bieten Smart Meter ihren Nutzern noch nicht den vollen Mehrwert, den sie potenziell bieten könnten. Ihre Hauptfunktion besteht derzeit darin, den Energieverbrauch zu messen und die Daten einmal täglich an den Netzbetreiber zu übermitteln. Wenn es vom Kunden gewünscht wird oder aufgrund der Tarifwahl erforderlich ist, können Verbrauchsdaten auch alle 15 Minuten erfasst werden. Allerdings werden diese Daten selbst dann nur einmal täglich übermittelt.
- Es besteht also das Potenzial für eine erweiterte Nutzung und Optimierung der Smart Meter-Technologie, um den Nutzern einen noch größeren Mehrwert zu bieten. Dies könnte zukünftig eine wichtige Entwicklung im Bereich der Energieeffizienz und des Energiemanagements in Haushalten sein.

Vision:

- Etablierung des Bürgers als aktiven Energie-Akteur / “Energie-Manager” und Ermöglichung der aktiven Anpassung von Energieverbrauch durch Echtzeitauslesung und flexibler Anpassung von Tarifstrukturen

Maßnahmen:

- **Flexibilisierung von Stromtarifen**
 - Bei einem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erhalten Endverbraucher zukünftig durch dynamische Tarife entsprechende Preissignale. Verbraucher, die ihren

Strombedarf flexibel anpassen können, werden finanziell belohnt und tragen gleichzeitig dazu bei, das Stromnetz stabil zu halten. Sie helfen, Lastspitzen auszugleichen und Überproduktionen zu reduzieren. Während die Flexibilisierung in der Industrie bereits weit fortgeschritten ist, steht der private Haushalt noch am Anfang dieses Prozesses.

- **Ermöglichung der Echtzeitauslesung für Kunden & Verbraucher zur intelligenten Steuerung von Abnehmern**
 - Der Lastenausgleich soll durch die Digitalisierung realisiert werden. Die mittlere Auslastung des Netzes im Verhältnis zur ausgebauten Leistungsfähigkeit der Kupferinfrastruktur muss erhöht werden. Das heißt im bestehenden Netz muss die anfallende Leistung besser über die Zeit verteilt werden
- **Aufklärung für Bürger:innen**
 - Um auch in Zukunft eine zuverlässige Energieversorgung sicherzustellen, sind Maßnahmen zur Aussteuerung von Angebot und Nachfrage erforderlich. Dafür müssen in den nächsten Jahren zusätzliche Akteure in das Stromsystem eingebunden werden. Beispielsweise Industrie, Smart Homes oder Photovoltaik-Anlagen sollen zu Instrumenten zur aktiven Beteiligung im Stromsystem werden. Neben technischen Lösungen wie der Energiespeicherung mit Batterien oder der Umwandlung in Wasserstoff bietet die Flexibilisierung der Erzeugungs- & Nachfrageseite eine wichtige Möglichkeit, die Energiewende erfolgreich umzusetzen. Damit können neue notwendige Services zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit („System-Dienstleistungen“) erbracht werden und damit das Stromsystem proaktiv unterstützt werden.
 - Die Bevölkerung muss sensibilisiert werden, dass der notwendige Anreiz einer Flexibilitätsbereitstellung einen großen Beitrag zur Klimaneutralität leisten kann und hier jeder Einzelne viel beitragen kann.
 - Es ist Aufgabe der Politik sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger ausreichend über die Vorteile, den Nutzen und den Datenschutz im Zusammenhang mit Smart Metern informiert werden. Darüber hinaus sollten die Verbraucher aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um Bedenken und Anliegen zu berücksichtigen.

Diese Maßnahmen bewirken:

- Aktive Einbindung der Bevölkerung und Anerkennung ihres Status als Energie-Akteur in ihrer Rolle als „Prosumer“
- Bewusstseinschaffung für die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller Akteure in der Meisterung der Energiewende
- Absicherung der Versorgungssicherheit durch Einbindung neuer Flexibilität

Bestellung eines Energiewendekoordinators und Aufsetzen eines regelmäßigen Energiewendekonvents als Forum zum Stakeholderaustausch

Status Quo:

- Die Energiewende bedingt eine allumfassende Transformation aller wesentlichen Sektoren in Österreich – als globale Herausforderung muss sie auch umfassen in der österreichischen Verwaltung ihren Einzug finden.
- Als Querschnittsmaterie wird die Energiewende kompetenzmäßig aktuell u.a. in den Ressorts BMK, BMF, BMAW, BMBWF, sowie den Bundesländern und Gemeinden angesiedelt

Vision:

- Nominierung eines “Energiewendekoordinators” zur ressortübergreifenden Behandlung der Energiewende und Austausch im Rahmen eines Forums für stakeholderübergreifenden Dialog

Maßnahmen:

- **Nominierung eines Energiewendekoordinators inkl. Büro**
 - Dieser Koordinator soll ein unabhängiger Experte sein, der sich zum Umsetzungsgrad und den aktuellen Herausforderungen der Energiewende in Österreich äußern kann und zB einmal jährlich ein „State of Play der Energiewende“ herausgibt.
 - Weiters soll sein Büro eine koordinierende Funktion zwischen Industrie, Wissenschaft, Politik, und Verwaltung innehaben: es soll eine zentrale Ansprechstelle, für Koordination und Wissensaustausch geben.
- **Einrichtung eines Energiewendekonvents**
 - Der Konvent ist ein regelmäßig tagendes Forum bzw. Abstimmungsgremium für alle Gebietskörperschaften der Republik und Stakeholder aus Industrie, Wirtschaft, und Wissenschaft
 - Von Seiten der Industrie und Wirtschaft werden dort Geräte- bzw. Komponentenhersteller, Energieerzeuger sowie Netzbetreiber, und Digitalisierungsunternehmen zusammengeführt.
 - Organisiert kann dieser Konvent im Rahmen der Landeshauptleute-Konferenz werden

Diese Maßnahmen bewirken:

- Ermöglichung einer global-strategischen Abstimmung und Zusammenführung aller wichtigen Stakeholder